

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Verlag: Sonnenschein, Belegstr. 3 A, u. Kreuzb. 4 A viertelst. Schriftl. u. Geschäftst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Hbr.: 44 28 86. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
48. Jahrgang Hamburg, 24. Dezember 1932 Nummer 52/53

Eine Weihnachtsbetrachtung

Wenn diese Nummer des „Maler“ in die Hände der Kollegen kommt, ist Weihnachten. Weihnachten soll das Fest der Liebe und des Friedens sein und ist, so gesehen, wohl geeignet, vielleicht mehr als jedes andere christliche Fest, die Menschen in seinen Bann zu ziehen. Und so feiern Millionen Menschen seit Jahrhunderten das Weihnachtsfest und geben sich einer friedlichen, gefreudigen Stimmung hin. So war es und so wird es auch in diesem Jahre wieder in all jenen Familien sein, in denen die drückende Not noch nicht jedes Gefühl für Hohes und Sehres im Menschen erstickt hat und wo, wenn auch noch so geringe Möglichkeiten zum gegenseitigen Beschenken vorhanden sind. Ob das Weihnachtsfest dabei mehr als Feste der Liebe gefeiert wird, oder ob man sich der Feste der alten Deutschen vorchristlicher Zeit dabei erinnert, die in den Tagen der Sonnenwende ihrer Hofnung auf den kommenden Frühling und die warmen segenspendenden Sonnenstrahlen Ausdruck gaben, ist von untergeordneter Bedeutung.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist schuld, wenn in diesem Jahre Millionen Arbeiter auf der Welt nur mit schweren Sorgen an das Weihnachtsfest zu denken mögen. Seit Monaten, vielleicht Jahren arbeitslos, bleiben die vielen schönen Weihnachtsworte für sie leer und ungenutzt. Mit was sollen sie sich gegenseitig in der Familie erfreuen, wenn die lange Unterstüßung nur für das Allernotwendigste zum Leben reicht? Wo bleibt das Wohlgefallen für alle? Millionen Menschen haben nichts als unendlich viel Zeit. Sie durchwandern die Straßen, sehen die hellerleuchteten Schaufenster, vollgepackt mit Lebensmitteln und Waren aller Art. Sie betrachten die Verkaufsstände in den Warenhäusern, sehen die herrlichsten Dinge im Ueberfluß und hören, wie sich der Verkäufer bemüht, seine Ware abzusetzen. Alles das, was man gern haben möchte, liegt zum Greifen nahe, — dennoch wehrt eine unsichtbare Hand, diese Gegenstände, für alle geschaffen, zu erwerben. Der Arbeitslose macht sich unwillkürlich Gedanken darüber, wie es kommt, daß diese Warenberge vorhanden sind, wo doch so viele aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind. Und da sieht er sich im Geiste in jene großen Fabriksäle versetzt, wo Maschinenungeheuer hurtig tätig sind, um mit wenig Menschen viel mehr als gebraucht wird herzustellen. Und der simpelste Verstand vermag den Widerspruch zu erkennen: Massenwareangebot hier und unbefriedigter Massenbedarf dort! Schließlich löst sich das einfache Rätsel: die gottgewollte Gesellschaftsordnung vermag der großen breiten Masse die tatsächlich vorhandenen Lebensmöglichkeiten nicht zu vermitteln. Und während der Arbeitslose in solchen Gedanken versunken ist, denkt er mit Bitterkeit an die Weihnachtsworte „Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!“

Aber nicht nur das fehlende leibliche Wohl reizt zur Betrachtung der in den Weihnachtstagen so oft gebrauchten salbungsvollen Worte. Das Sehnen der Menschen nach Frieden hat sich vor allem nach dem furchtbarsten aller Kriege unendlich vertieft. Besonders die aufgeklärte organisierte Arbeiterschaft ist es, die längst erkannt hat, daß es auch einen inneren Frieden, die seelische Ausgeglichenheit nur geben wird, wenn die Welt ehrgültig und für immer befreit ist von der menschenmordenden, das Menschenglück zerstörenden Kriegsfurie. Statt des ersten Strebens nach allseitiger völliger Abrüstung aber wird auf den internationalen Abrüstungskonferenzen um jedes Panzerschiff, um jede Kanone gerungen. Und während man am grünen Tisch feilscht und zankt, versucht mindestens in irgendeinem Wetterwinkel ein Volk einem andern seinen Willen durch Gewalt aufzuzwingen, Mord und Brand rasen durch die Lande. Noch sind wir weit von der Erfüllung jener Heilsbotschaft entfernt, die vom Frieden auf der Erde spricht.

Der Friede der Welt wird nicht eber hergestellt sein, bis die Arbeiterklasse in jedem Lande einig und geschlossen die Politik in die Hand nimmt, um dann international den Frieden herbeizuführen und die Solidarität aller Völker als das oberste Gesetz menschlichen Handelns zu proklamieren. Wie die Regierungen heute noch nicht

bereit sind, internationale Streitigkeiten auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit zu bereinigen, so bestehen auch in den Völkern selbst noch die größten Spannungen. Vielleicht noch mehr wie wo anders in Deutschland, wofür die vielen, teils blutigen Auseinandersetzungen zwischen Volksgenossen zeugen. Die im kapitalistischen Wirtschaftssystem vorhandenen Volksklassen

Das Weihnachtsmärchen

Ein Märchen stirbt durch Eis und Schnee.
Es flüstert leise, daß alles Weh
Der Menschheit sei von dieser genommen,
Seit Christus zu den Menschen gekommen,
Daß endlich Friede sei auf der Erde;
Kein Leid der Menschen mehr, keine Beschwerde —
Und freudige Lobgesänge erschallen,
Daß allen Menschen ein Wohlgefallen!

Friede, wo alles in Waffen starrt?
Wohlgefallen, wo grimmig und hart
Ohne Liebe und ohne Erbarmen
Hunger pocht an die Hütten der Armen,
Wo das Elend grimmige Weisen geigt
Und im tiefen, im tiefen Elend erregt?
Friede, sagt ihr, und Wohlgefallen,
Wo Haß und Not sich zu Bergen hallen?

Schon früher, noch ehe der Heiland geboren,
Da waren Friede und Freude verloren.
Erstickt durch Herrschsucht, durch Neid und Geiz!
Und so schleppt noch heute der Menschheit Kreuz.
Die Menschheit keuchend und unbefreit
Trotz „gnadenbringender“ Weihnachtszeit,
Gepeitscht von der Herrschsucht Nücken und Tücken
Auf ihrem gebeugten, zerplagten Rücken!

Ein Märchen ist es, das da erklingt
Und leise einschläfernde Weisen singt.
Doch ihr sollt nicht träumen, ihr sollt erwachen
Und Ernst mit Frieden und Freude machen!
Wenn Friede und Menschenglück sollen gedeihen,
Dann müßt ihr euch kraftvoll selber befreien!
Nur dann, wenn der Knechtschaft Fesseln fallen,
Wird Friede auf Erden und Wohlgefallen!

Tafel.

führen einen dauernden zähen Kampf gegeneinander, der auch durch die Weihnachtstage nicht völlig unterbrochen wird. Und wenn sich auch die besitzende Klasse bemüht, um Weihnachten herum wohlthätig zu sein, so wird sie dadurch den bestehenden Gegensatz zwischen reich und arm keineswegs aus der Welt schaffen.

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft aber hat erkannt, was notwendig ist, um die heutige Zerrissenheit des Volkes zu überwinden, sie zeigt den Weg, der zur Verwirklichung der Weihnachtsworte führt. Nur die Verwirklichung der sozialistischen Ideen wird der Menschheit wirklichen Frieden bringen und allen Menschen ein Wohlgefallen. Und weil dieses Sehnen seit jeher in den Massen schlummert, auch schon in grauer Vorzeit vorhanden war, deshalb feiern auch wir die Tage der Sonnenwende oder Weihnachten zusammen mit unsern Gesinnungsfreunden. Wir wissen, daß wir nur gestützt auf unsere Organisationen die schönen erhabenden Weihnachtsgedanken verwirklichen können. Daran mitzuarbeiten ist Pflicht aller Kollegen. Zeigen wir, daß für uns das Weihnachtsfest auch das Fest des unbeugsamen Willens ist.

Die vordringlichste Forderung: Arbeitsbeschaffung

Als der Reichszankler unfeligen Gedankens von Papen die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, versprach er, vor allem die Wirtschaft in Gang bringen zu wollen, um das Heer der Arbeitslosen zu verringern. Und da er von dem Gesichtspunkt ausging, daß alle früheren marxistisch beeinflussten Regierungen es falsch gemacht hätten, wollte er das Volk auf andere Weise herrlichen Zeiten entgegenführen. Seine Hoffnung, daß es gelingen könnte, der

franken kapitalistisch orientierten Wirtschaft zur Gesundheit zu verhelfen, wenn man ihr neue Lebenskräfte in Form von Subventionen der verschiedensten Art und Form zuführe, hat sich aber nicht erfüllt. Die Wirtschaft stagnierte trotz aller Aufpöppelungsversuche; vor allem aber mußte Herr von Papen bald einsehen, daß es zur Unzutraglichkeit für die Industrie führt, wenn die Landwirtschaft allzu stark begünstigt wird. Weil er mit seiner Kontingenzierungspolitik und dem Ausbenden seiner sogenannten Komatenkommission manche wertvollen Porzellane der Industrie in bezug auf internationale Verbindungen und Warenabfuhrmöglichkeiten zerschlug, war auch diese zuletzt kaum noch geneigt, Herrn von Papen zu stützen.

Die Arbeitsbeschaffungspläne Papens sind also gründlich mißlungen. Daß man auf die von ihm verfolgten Wege nicht zum Ziele kommt, wird scheinbar von der Regierung Schleicher, die das Erbe Papens antrat, geahnt. Da aber für jeden Verantwortlichen in Deutschland feststeht, daß die Frage der Arbeitsbeschaffung zweifellos das brennendste von allen derzeitigen Problemen ist, wurde ein Kommissar für Arbeitsbeschaffung in der Person des bisherigen Vorsitzenden der preussischen Landgemeinden, Dr. Gercke, eingesetzt, der schon wiederholt durch seine Arbeitsbeschaffungspläne von sich reden machte. Feste steht leider, daß die neue Regierung die Methoden und Mittel von Papens zur Anknüpfung der Wirtschaft teilweise übernimmt. Im Reichstag wird sich allerdings keine Mehrheit für die unveränderte Fortführung des Papen-Programms finden. Dafür wird man hoffentlich jetzt dem längst durch den DGB propagierten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften höhere Beachtung spenden.

Es steht nicht nur für uns, sondern auch für viele Wirtschaftskennner und praktiker fest, daß es nur dadurch gelingen wird, wenigstens einen Teil der Arbeitslosen wieder in Beschäftigung zu bringen, wenn von der öffentlichen Hand große Aufträge vergeben werden. Selbstverständlich kann der Staat auch Arbeiten von Gewerkschaften und Genossenschaften unterstützen. Die Gewerkschaften gehen sicher nicht fehl in der Annahme, daß durch die Stärkung der Kaufkraft von vielleicht 1 Million Arbeitnehmern, die wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden, die Verbrauchsgüterindustrie und folgend auch die andern Industrien eine Anregung erhalten und die gesamte Wirtschaft davon profitiert. Wenn diese vermehrte Auftragserteilung von öffentlichen Arbeiten dann noch zusammentritt mit einer allgemeinen wirtschaftlichen Entspannung auf dem Weltmarkt, könnten diese Regierungsmassnahmen wesentlich mit zur schnelleren Ueberwindung der Krise beitragen.

Nachdem noch 640 Millionen Mark aus nicht verwendeten Steuergutscheinen und 350 Millionen aus dem Arbeitsbeschaffungsplan der Papen-Regierung zur Verfügung stehen und darüber hinaus auch nach Ansicht der Schleicher-Regierung noch eine halbe Milliarde Mark flüssig gemacht werden kann, ohne daß eine Gefahr für die Währung besteht, sollten diese Summen möglichst bald für eine Arbeitsbeschaffung mobilisiert werden. Damit würde man auch den Forderungen der Gewerkschaften, die jetzt mit erhöhtem Nachdruck vertreten werden, im allgemeinen Rechnung tragen.

Dabei muß allerdings eines vorausgesetzt werden. Die Arbeiter sind nur zu tariflichen Bedingungen zu vergeben; denn eine Markterweiterung und Verbrauchssteigerung wird nur dann eintreten, wenn die bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeitnehmer den Tariflohn erhalten. Will man eine Kaufkraftsteigerung erreichen, so dürfen die Löhne für die neu eingestellten Arbeitnehmer nicht nur wenig über den Sätzen der Alt-, Neu- und Wollu stehen. Die Fehler, die von der Regierung Papen auf diesem Gebiete gemacht worden sind, müssen unbedingt reiflos wieder gutgemacht werden. Erfreulicherweise hat die jetzige Regierung auf Drängen des Reichstags damit wenigstens einen, wenn auch bescheidenen Anfang durch die teilweise Aufhebung der Verordnung vom 5. September gemacht.

Daß, um möglichst einen großen Kreis von Arbeitnehmern beschäftigt zu können, die 40-Stunden-Woche als Höchstmaß der Arbeitszeit zu gelten hat, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Aber sie sollte nicht nur hier zur Anwendung kommen, die Regierung sollte vielmehr den Forderungen der Gewerkschaften endlich Rechnung tragen und die 40-Stunden-Woche allgemein einführen. Es geht nicht an, daß ein Teil der Arbeiterschaft 48 und teils sogar noch mehr Stunden arbeitet, während Millionen ihrer Kollegen seit Monaten und Jahren arbeitslos spazieren gehen. Wenn überhaupt, so ist jetzt der Zeitpunkt für die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden gekommen, wobei bemerkt werden soll, daß auch die 40-Stunden-Woche den tatsächlich bestehenden Verhältnissen noch nicht gerecht wird.

Für unsere Kollegen ist von besonderer Bedeutung, ob endlich daran gegangen wird, die völlig daniederliegende Bauwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Wiederholt ist von berufener Seite auf den jetzigen und den künftigen Bedarf von Wohnungen hingewiesen worden, der auf jährlich 200 000 bis 300 000 geschätzt wird. Deshalb muß, wie es die Gewerkschaften wollen und auch von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beantragt ist, dem Wohnungsbau erhöhtes Augenmerk geschenkt werden. Ob dabei mehr die Wohnblocks oder der Kleinwohnungsbau und Siedlungsbau berücksichtigt wird, ist eine Frage von sekundärer Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß endlich ein für die Ankurbelung der Wirtschaft so wichtiger Zweig wie das Baugewerbe wieder in Gang gebracht wird. Wie man weiter die Renovierungsarbeiten in Althäusern, die für unser Gewerbe äußerst wichtig sind, fördern kann, sollte ebenfalls überprüft werden. Dazu soll aber schon jetzt bemerkt werden, daß Vorfürsorge getroffen werden muß, daß bei den Arbeiten in Althäusern auch Gehilfen beschäftigt werden und nicht nur die Kleinmeister mit ihren Lehrlingen davon profitieren.

Wie notwendig die Arbeitsbeschaffung für unsere Kollegen ist, geht aus den Ergebnissen der statistischen Feststellungen unseres Verbandes über die Zahl der Arbeitslosen am Schlusse jedes Monats hervor. Auch in dieser Nummer wird unter dem Titel „Steigende Arbeitslosenziffer“ darüber berichtet und werden die dazu notwendigen Erläuterungen gemacht.

Wir erheben auch heute, wie schon so oft, den Ruf, den die Regierung endlich hören möge: Schafft Arbeit! Nachdem das Papen-Programm völlig verfaßt hat, muß endlich mit der von den Gewerkschaften längst geforderten öffentlichen Arbeitsbeschaffung begonnen werden. Herr Gerecke sollte seine ganze Kraft einsetzen, um seinem Titel Arbeitsbeschaffungskommissar alle Ehre zu machen, und die Regierung schleicher muß ihn dabei nach Kräften unterstützen.

Steigende Arbeitslosenziffern

Das Ergebnis unserer Arbeitslosenzählung am Ende des Monats November muß schlimmste Befürchtungen wegen der ferneren Entwicklung dieses Winters erwecken. In der Zählung beteiligten sich 165 Filialen; von den 43 548 (davon 62 weibliche) Mitgliedern wurden am Stichtag, dem 26. November, 33 688 männliche und 19 weibliche, zusammen 33 707 Mitglieder als arbeitslos ermittelt. Das sind 77,4 % der Gesamtmitgliedschaft und um 3,1 % mehr als Ende Oktober. Läßt man die 3959 in den erfassten Filialen organisierten Lehrlinge außer Betracht, errechnete sich eine Arbeitslosigkeit von 85,1 von jedem Hundert der Gehilfenmitglieder des Verbandes. Damit ist, wie in der nachstehenden Tabelle zahlenmäßig nachgewiesen wird, der Stand des Vorjahres noch um 0,3 % überschritten.

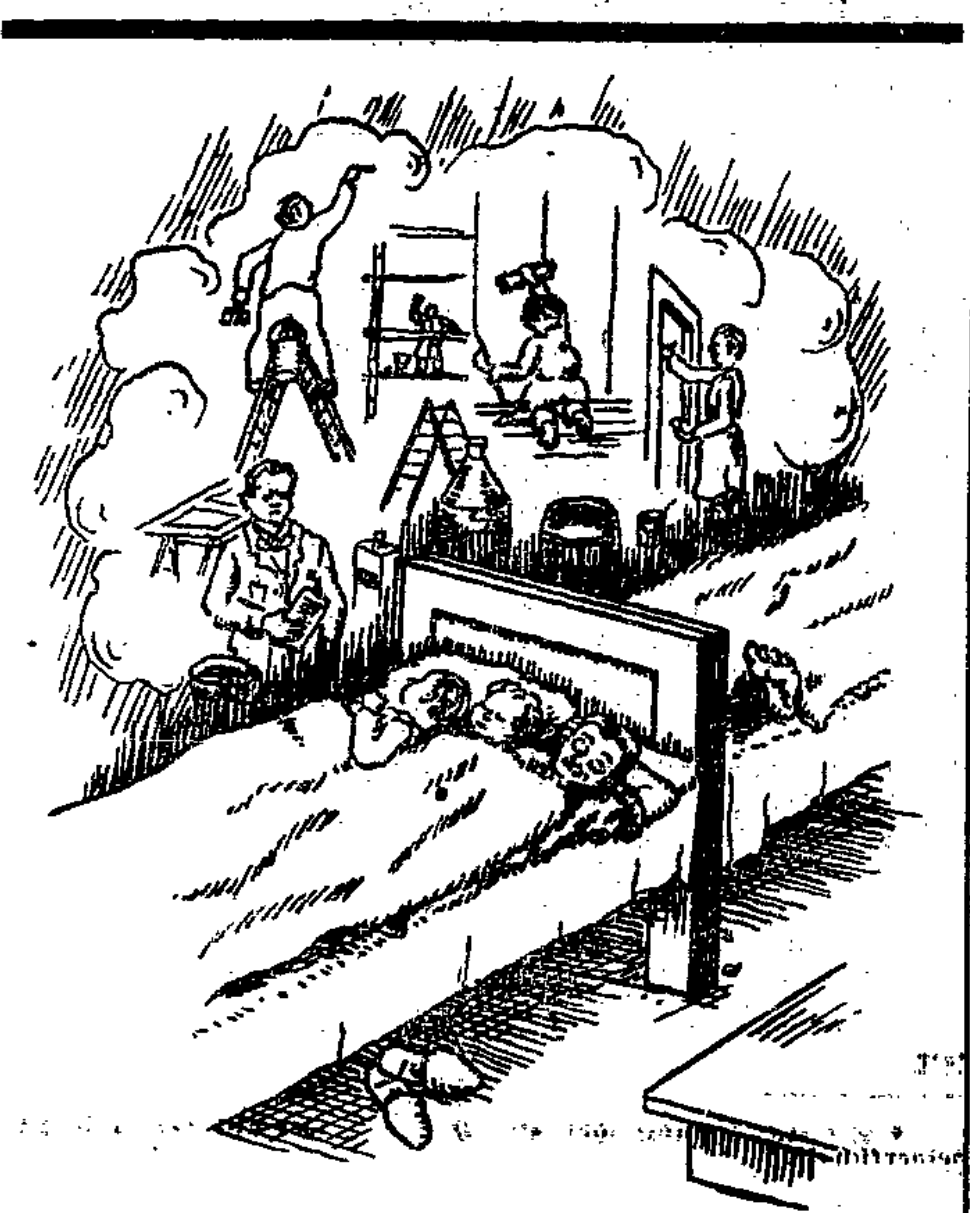
Monat	berichterstatteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichterstatteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose a. Schlusse der letzten Monatswoche	
	1931	1932	1931	1932	1931	1932	1931	1932
Januar	166	171	53 977	49 825	36 133	39 829	77,8	89,7
Februar	172	166	56 468	49 027	36 890	36 462	76,3	89,1
März	161	164	55 058	49 781	31 926	36 707	67,9	83,8
April	160	160	55 447	45 951	28 714	31 888	60,5	77,9
Mai	163	162	55 761	46 346	26 441	31 569	55,4	76,8
Juni	152	159	51 968	47 524	25 106	33 274	56,6	79,0
Juli	160	156	53 737	45 573	28 286	32 557	60,3	79,0
August	161	163	53 034	45 634	31 776	33 394	68,9	81,0
Septemb.	160	158	53 226	45 462	33 539	33 089	72,4	80,6
Oktober	167	162	51 243	41 955	35 244	31 193	79,4	81,9
Novemb.	166	165	51 171	43 548	37 620	33 707	84,8	85,1
Dezember	169	—	51 046	—	39 136	—	88,4	—

Eine Würdigung dieser furchtbaren Ziffern darf nicht übersehen, daß auch jetzt wieder Lehrlinge in großer Zahl ausreisen müssen, also ebenfalls arbeitslos sind. Es kann im Interesse der Ausbildung des beruflichen Nachwuchses nur als schwacher Trost gelten, daß sich Innungen und Arbeitgeberorganisationen in diesem Jahre scheinbar etwas mehr als früher bemühen, die erwerbslosen Lehrlinge in Schulungsstellen zusammenzufassen, damit diese die langen Wintermonate nicht ganz nutz- und zwecklos verbringen müssen. Nun hat die Sache — abgesehen davon, ob die theoretische Weiterbildung als voller Ersatz für die mangelnde praktische Arbeit gelten kann — sehr oft auch eine wirtschaftliche Seite. Im besonderen dann, wenn der Lehrling für diese Zeit die im Lehrvertrag vorgeschriebene Kopfgebührenden einstellt. So gering der Betrag im Einzelfalle auch sein mag, wird er in manchem Proletarierhaushalt einen Ausfall darstellen, wenn auch der Vater (was heute die Regel sein dürfte) als einziger Ernährer ebenfalls arbeitslos und die Familie auf die niedrigen Sätze der staatlichen oder kommunalen Unterstützung angewiesen ist. Schon aus diesem Grunde wäre eine praktische Tätigkeit in der Werkstätte dem Ausreisen vorzuziehen, sei es auch nur in der im Malergewerbe während der Wintermonate jetzt jeder üblichen Kurzarbeit. Von dieser wurden Ende November 228 Beschäftigte oder weitere 5,8 % der Mitgliedschaft betroffen. Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt: für 1714 männliche und 6 weibliche Beschäftigte bis zu 8 Stunden, für 238 männliche und 5 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, für 267 männliche und 6 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und für 62 männliche Beschäftigte um mehr als 24 Stunden die Woche.

Alles in allem, ein recht betrübliches Ergebnis. Wer die Hoffnung in sich hegt, daß die Pläne der verflohenen Papen-Regierung die Wirtschaft anzukurbeln vermöchten oder daß die Kredite für Haus- und Wohnungsinstandsetzung unsern beruflichen Arbeitsmarkt einige Erleichterungen bringen würden, wird seinen Optimismus wohl schon im vorigen Monat stark rückwärts revidiert haben. Nun hat die 50 Millionen Reichsmark in den ersten zwei Monaten dieses Jahres verbraucht. Die Haus- und Grundbesitzer-vereine loben mit lauter Stimme aus, welche Innenge-

Arbeit damit geschaffen wurde und fordern gleichzeitig, daß weitere 200 Millionen zu demselben Zweck ausgemorfen werden müßten, um dem Hausbesitzer seine alte Rentabilität wiederzugeben, um ihn ohne staatliche Krücken in die Lage zu versetzen, das Handwerk zu den so notwendigen Ausbesserungsarbeiten heranzuziehen. Die arbeitslosen Malerarbeiten haben von der Ausführung dieser Renovierungsarbeiten wenig zu spüren bekommen. Meist wird es sich um Instandsetzungsarbeiten anderer Art gehandelt haben, wobei sich dann das Spiel in der üblichen Reihenfolge wiederholen konnte. Das heißt, es sind Dach- und Innenarbeiten in Angriff genommen und ausgeführt worden, das zur Verfügung stehende Geld war aber verbraucht, bevor an die Malerarbeiten gedacht wurde, so daß man sich mit einem mehr oder weniger sachgemäßen Schutzanstrich begnügte, der von Alleinmeistern mit einem Lehrling oder gar von Berufsfremden ausgeführt wurde. Solange in den Vorschriften für solche Arbeiten nicht eine zwingende Bestimmung enthalten ist, daß berufliche Facharbeiter eingestellt werden müssen, wird das Reich mit seinen Zuschüssen weder zur Erhaltung des Volkvermögens beitragen, noch wird es den Arbeitsmarkt und die soziale Fürsorge zu entlasten vermögen.

Nicht oder zu spät haben berichtet die Filialen Apolda, Dessau, Detmold, Jüterbog, Konstanz, Rathenow, Regensburg, Schneidemühl, Stolp in Pommern, Weiskwasser und



Des Malers Weihnachtstraum.

Weisel. Stichtag für die Statistik des laufenden Monats ist der 31. Dezember. Es sei ausdrücklich daran erinnert, daß die Berichtskarten spätestens am 5. Januar zur Post gegeben werden müssen, da sonst keine Gewähr geleistet wird, daß sie bei der Bearbeitung mit einbezogen werden können.

Jugend am Scheidewege

Es ist das tragische Geschick der heutigen Jugend, daß sie von den wirksamen und gestaltenden Kräften der Gesellschaft nur ein Zerrbild empfängt. Sie ist noch nicht erfahren genug, um die Zusammenhänge zu erkennen und deshalb häufig nicht instande, Ursachen und Wirkung zu unterscheiden und richtig zu werten. Die Jugend ist daher ein beliebtes Objekt der politischen Demagogie.

Die Jugend wird heute von allen Seiten umworben. Die politischen Demagogen nutzen die Leichtgläubigkeit der Jugendlichen für ihre Zwecke aus. Es scheint das Schicksal des Menschengeschlechts zu sein, daß es aus der Erfahrung wenig Nutzen zu ziehen versteht. Jede Generation muß ihren Lebensstil selber finden und erkämpfen, so will es anscheinend ein ungeschriebenes Gesetz des Lebens. Auch die Jugend, die im Weltkriege geboren wurde — also die heute Dierzehn- bis Zwanzigjährigen — muß durch diese Entwicklung hindurch. Ihre Aufgabe ist nicht leichter und schwerer als die der vorangegangenen Generationen. Die heutige Jugend wird aus dem chaotischen Weltbild unserer Zeit, wo sich alles in einer Umwertung befindet, Nutzen ziehen, wenn sie sich nicht in einen radikalen Pessimismus verliert, sondern in der Entwicklung zu einer höheren Lebensform der Menschheit unentwegt mitarbeitet. Es besteht kein Zweifel, daß diese höhere Lebensform allein der Sozialismus sein wird, wie ihn die freien Gewerkschaften vertreten. Der große Krieg hat diese natürliche Entwicklung nur unterbrochen. Der Mensch der Zukunft wird aber lernen, Kriege unmöglich zu machen.

Aber auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Verflawung des arbeitenden Menschen durch die Maschine wird der Sozialismus überwinden, um so schneller, je eher die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Macht kommen.

Wer in Arbeit steht, lernt früher den Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kennen. Er sieht bald ein, daß er als einzelner gegen den Besitzer der Maschinen und Produktionsmittel nicht ankommen kann. Er mag aufbegehren soviel er will, er bleibt doch immer der Dumme. Fügt er sich nicht, dann „fliegt“ er und ist der Not und dem Elend preisgegeben. Hunger tut aber weh. Also fügt er sich, wenn auch mit tiefem Groll im Herzen.

Andererseits, was wäre der Unternehmer ohne die Arbeiter? Der Arbeiter ist es, der Maschinen baut und

bedient, der aus den Naturstoffen unserer Erde die herrlichsten Dinge hervorzubereit. Der Arbeiter!

Es gehört nicht viel Verstand dazu, zu begreifen, daß die Arbeiter eine riesige Macht sind, aber nur dann, wenn sie einig sind im Wollen und Handeln. Wenn die Arbeiter sich also zusammenschließen und gemeinsam, d. h. organisiert auftraten, müßte sich der Unternehmer, der Besitzer der Werkzeuge und Maschinen, beugen.

Erinnern wir uns: Wie sagen die Kapitalisten den Arbeitern und namentlich den unerfahrenen Jugendlichen, daß es Volksverräter, vaterlandslose Gesellen seien, die so etwas behaupteten. Die Welt sei immer so gewesen und werde es bleiben. Ja, einer von ihnen sagte sogar: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Aber, so sagen wir, nur wo es Herren gibt, da gibt's auch Knechte. Die Kenntnis von diesen Zusammenhängen erwirbt sich der Arbeiter bald im Betriebe aus eigener Erfahrung.

Schlimmer ist es bei den jugendlichen Erwerbslosen, die solche Erfahrungen aus der Praxis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch nicht machen konnten. Sie kennen ja zum Teil noch nicht einmal das beglückende Gefühl der Arbeit. Sie kennen nicht gewerkschaftliche Organisationen und Solidarität der Tat, um in gewissem Grade unabhängig zu sein gegenüber der Willkür unserer Zeit. Deshalb glauben sie an eine Welt voller Wunder, deshalb vertrauen sie blindlings gerissenen Demagogen, deshalb sind sie so häufig das Opfer ihrer Leichtgläubigkeit.

Aufklärung kann vieles, doch stärker wirkt das eigene Erlebnis und die eigene Erfahrung.

Jugend am Scheidewege! Es ist nicht schwer zu unterscheiden, wohin sich die arbeitende Jugend zu stellen hat. Früher oder später, einmal erkennt sie, daß ihr gegebener Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft ist. Millionen stehen schon in einer Front. Der Sozialismus ist kein Fernziel mehr, er ist praktische Wirklichkeit in dem Augenblick, in dem alle arbeitenden Menschen, junge und alte, solidarisch zusammenstehen und sich die Hand zum Bunde reichen.

Gewerkschaftsgegner sind Rechts- und Freiheitsgegner

Alter Kampf ist ein Kampf um Freiheit. Wenn Arbeiter und Angestellte um soziale Sicherung ihrer Lebenshaltung kämpfen, so kämpfen sie gleichzeitig um Freiheit. Deshalb wollen sie ja gerade solche Sicherungen durch Gesetz und Recht. Gesetz und Recht binden zwar stets. Aber Gesetz und Recht binden allgemein und umfassend. So führen Gesetz und Recht dennoch zur größeren Freiheit. Gesetz und Recht binden auf der Grundlage gleichmäßig abgewogener Pflichten, vorausgesetzt, daß nicht die Macht einer Klasse die Gesetze und Rechte schafft. Wir nennen Gesetz und Recht in einem Atem; denn Gesetz und Recht sollen sich decken. Aber es gibt noch immer Gesetze, die umschreiben ein verzerrtes Recht oft ausgesprochenes Unrecht. Und früher gab es noch bedeutend mehr solcher Gesetze, die eigentlich niemals Gesetze sein durften. Und Klassenmächte sind es, die diese Gesetze entstehen lassen. Deshalb braucht die Gesellschaft die Demokratie. Wenn sie wirklich das glaubt, was sie zu glauben vorgibt, daß sie nämlich im Recht ein Ideal sieht und daß sie ohne dieses Ideal keine Kultur entwickeln kann, muß sie gewillt sein, für das Recht zu kämpfen und für die Demokratie. Wie wenige aber sind in der heutigen Gesellschaft gewillt, für das Recht zu kämpfen! Wer aber nicht für das Recht kämpft, soll nicht Freiheit fordern. In der Kulturgemeinschaft fortgeschrittenerer Völker sind die Begriffe „Recht“ und „Freiheit“ nicht voneinander zu trennen.

Der berühmte Rechtslehrer Ihering sagt: „Alles Recht in der Welt ist erkritten worden, und jedes Recht setzt die stetige Bereitschaft zu seiner Verteidigung voraus.“ Mit dem Recht, das sich die früher noch bedeutend mehr als heute zurückgelehnten und unterdrückten Teile des Volkes erkritten, erkritten sie sich gleichzeitig Freiheit. Mehr Recht bedeutete zu allen Zeiten mehr Freiheit. Wenn ein Gelehrter und Forscher von Weltruf die Notwendigkeit des Streikens um die Mehrung des Rechts und um die Erhaltung des erkämpften Rechts betont, dann werden doch wohl die Führer und Lehrer im Gewerkschaftsleben recht haben, wenn sie immer wieder fordern: Streik mit aller Kraft dafür ein, daß das Recht gesellschafts- und kulturwürdig gestaltet wird, daß es aufhört, den einen auf Kosten des andern zu begünstigen, daß es ein wahres, ehrliches Gemeinschafts-, eben ein „gleiches Recht für alle“ wird!

Das deutsche Volk ist dem hohen sittlichen Ziele des gleichen Rechts für alle seit 1918 bedeutend näher gekommen. An den gerade in dieser Beziehung hoch zu bewertenden Leistungen der Gewerkschaften muß heute mit Ernst und Nachdruck erinnert werden. Auch die Arbeit der Gewerkschaften war menschliche Arbeit. Und aller Arbeit, die Menschen wahrnehmen, haften Fehler an. Es wäre Selbstüberhebung, zu behaupten, die Gewerkschaftsarbeit sei in den letzten Jahren der Anruhen und Verwirrung vollkommen gewesen. Was von den Gewerkschaften geleistet wurde, war gerade in den Nachkriegsjahren oft übermenschlich schwer. Es darf an das tapfere Gewerkschaftsstreben solcher Zeit nicht der Maßstab träumerischer Engstirnigkeit und bürokratischer Gebundenheit angelegt werden. Es muß alles in allem betrachtet und gewertet werden. Und da muß sich der verständig und ehrlich Urteilende sagen: „Gut ab vor den Menschen, die solches schufen, die die treibende Kraft waren, als es darum ging, aus einem großen Niederbruch dennoch Zukunftsgewinne zu erringen!“

Was in den schweren Jahren des Kampfes nach allen Seiten von der organisierten Arbeiterschaft geschaffen wurde, war groß. Es wurde den Mächten, die von außen Knechtschaft über unser Volk bringen wollten für unabsehbare Zeiten ein Halt geboten, das in früherer Zeit nicht möglich gewesen und jedenfalls nicht beachtet worden wäre. Zum ersten Male zeigte es sich deutlich, daß das Recht, das Recht, das „mit uns geboren ward“, Menschen verbindet über Landesgrenzen hinaus. Der Kampfsgeist,

der aus den Arbeitergewerkschaften aller Völker emporstieg, konnte nicht ersticht werden, selbst nicht von der Gewalt des internationalen Kapitals, das gewohnt ist, brutal über alles Recht hinwegzuschreiten. Man soll doch nicht übersehen, daß es gerade der Gewerkschaftsgeist gewesen ist, der in der Welt mehr und mehr den Willen weckte, Gewalt durch Recht und triebhafte Eier nach Gewinn und Macht durch Duldsamkeit, Selbstbescheidung, Einheitsverstehen und Verzicht zu verdrängen. Und ganz ähnlich war der Gewerkschaftseinfluß auf den Lauf der inneren Dinge Deutschlands. Auch von innen her sollte wieder Knechtschaft über das Volk, hauptsächlich über die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger, gebracht werden. Der alte Klaffengeist, das an die Vorherrschaft gewöhnte Herrentum sah zunächst keinen gangbaren Weg, wie die alte Vorzugsstellung wieder zurückerobert werden könnte. Daß die freizugsbürtigen Massen nicht mehr im offenen Kampf zu besiegen waren, erkannte man. Man verflocht sich in Hinterhalte, und hier brütete man die Weisheit des Nazismus aus, die man dann dem Not und Mangel leidenden Volke einimpfte. Die Nazimedizin sollte alles heilen können, so lehrte man unablässig, überall, fanatisch. Und die Gewerkschaften sollten an allem Leid, das ein sinnloser Vernichtungskrieg schuf, die Schuld tragen, so lag man gewissenlos, lärmend, sinnverwirrend. Die Nazibewegung ist von keinem Gedanken mehr erfüllt als von dem, die Gewerkschaften zu vernichten; dies ist der eigentliche wirkliche Inhalt des ganzen sonst so verworrenen und verschleierte Wollens. Wo aber eine solche Rechts- und Freiheitsbewegung, wie es die Gewerkschaftsbewegung ist, befeindet wird, da kann es sich selbstverständlich nie auch nur im entferntesten um eine Arbeiterbewegung handeln, wie es das heuchlerische Nazitum glauben machen will. Hinter solcher Feindschaft steht stets das Kapital. Wer es wirklich gut meint mit Volk und Staat und im besonderen mit den unteren Volksschichten, der freut sich darüber, wenn die Gewerkschaften Schritt für Schritt dem sittlich begründeten Recht und der gesetzmäßig umgrenzten Freiheit neue Wege erkämpfen. Wenn man innerhalb des Nazitums gerade entgegengesetzt empfindet, dann ist dieses Nazitum eben ganz ohne jede Frage entweder furchtbar verlogen oder furchtbar krank, eben geistig-sittlich krank.

Recht und Freiheit sind vom demokratischen Gedanken nicht zu trennen. So wie es früher war und mit Hilfe des Nazitums künftig wieder werden soll, so nämlich, daß eine kleine Volksschicht für viele große Volksschichten das Recht formt, so darf es unter gar keinen Umständen wieder werden. Aus der Quelle der Autokratie ist noch niemals ein klares Recht geflossen und deshalb auch niemals ehrlich und gut gemeinte Freiheit. Eine Bewegung für den autokratischen Gedanken kann unter keinen Umständen eine Bewegung für Recht und Gerechtigkeit und für Freiheit und Fortschritt sein. Das Nazitum steht aber im autokratischen Gedankensystem etwas Böttliches, ähnlich so, wie der letzte deutsche Kaiser in feiner Stellung das sogenannte Gottesgnadenum verkörpert sah. Das hauptsächlich wurde dem deutschen Volke zum Verhängnis. Aus dem Nazitum kann nur in gleicher Weise Unglück für Volk und Staat hervorgehen. Die am schlimmsten notleidenden Teile sind immer die unteren Volksteile, wenn Fehler gemacht werden.

Leipart und Schleicher

Zur Abwehr von Irrtümern und Unterstellungen.

Die Wiedergabe einer Unterredung zwischen Theodor Leipart und einem Pariser Zeitungsmann, von der auch in einem Teil der Presse Notiz genommen worden ist, gab dem Kollegen Leipart Veranlassung zu dem folgenden Schreiben an die Redaktion des „Excelsior“ in Paris:

In ihrer Ausgabe vom 4. Dezember dieses Jahres bringen Sie unter der Überschrift „Les pourparlers entre von Schleicher et les syndicats Ouvriers“ einen Bericht Ihres Korrespondenten aus Berlin, der eine Unterredung mit mir wiedergibt. Dieser Bericht enthält mehrere Unrichtigkeiten, die mich zwingen, Sie um folgende Richtigstellung zu ersuchen:

1. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir die Frage gestellt hätte, ob der von mir geführte Gewerkschaftsbund dem General v. Schleicher die für die Befestigung seiner Macht benötigte Waffenruhe gewähren würde. Jedenfalls hat Ihr Korrespondent selber gewußt, daß über eine solche Waffenruhe nicht die Gewerkschaften, sondern die politischen Parteien im Reichstag zu entscheiden hatten.

2. Es ist un w a h r, daß ich erklärt hätte, die Regierung müsse „für einige Zeit“ die Verfassungs- und Wahlreformpläne beiseite lassen. Ich habe vielmehr Ihren Korrespondenten auf die Mitteilungen der Presse verwiesen, daß Herr v. Schleicher selber diese Reformpläne nicht für zeitgemäß halte.

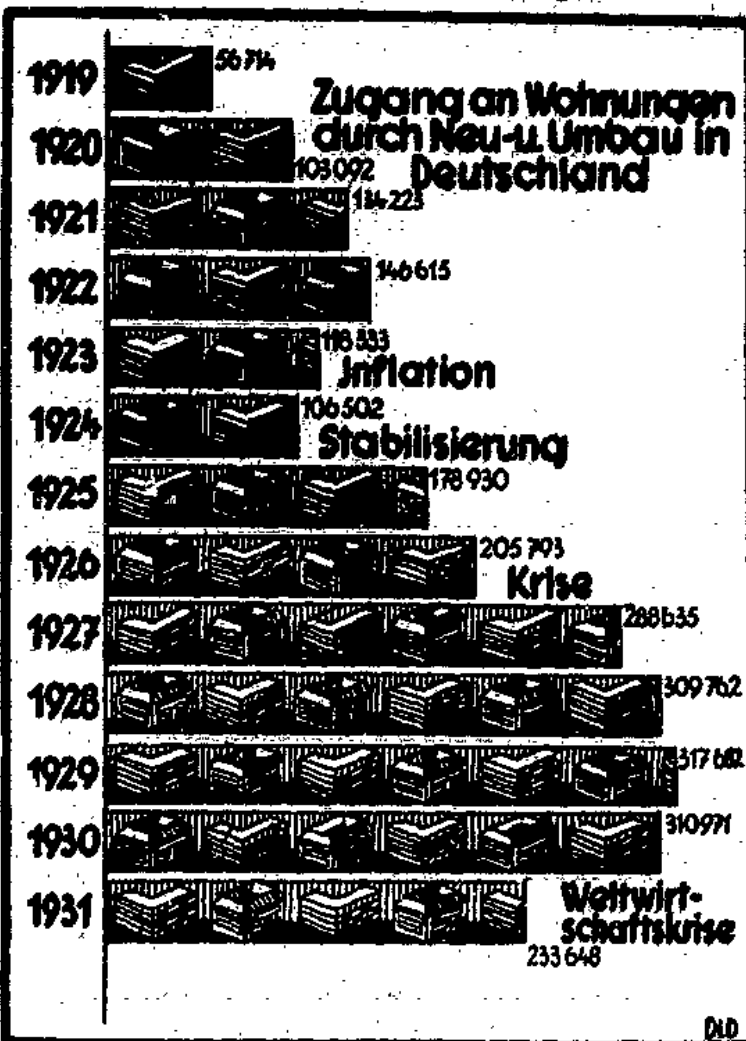
3. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir vorgehalten hätte, die Gewerkschaften würden gegen einfache Versprechungen sich der militärischen Kontrolle unterwerfen.

4. Es ist deshalb auch un w a h r, daß ich auf die Worte „militärische Kontrolle“ ein protestierendes Aufspringen nicht habe unterdrücken können. Hätte Ihr Korrespondent eine solche oder ähnliche Bemerkung zu mir geäußert, so würde ich die darin liegende beleidigende Unterstellung mit derben Worten zurückgewiesen haben.

5. Es ist unrichtig, daß ich eine lebhaft bewundernde für Herrn v. Schleicher geäußert hätte. Mein angeblicher Eifer, den Ihr Korrespondent bemerkt haben will, zeigte sich höchstens, als Ihr Korrespondent wiederholt die Ansicht vertrat, die Berufung des Generals zum Reichszankler werde in Frankreich große Beunruhigung hervorrufen. Ich habe geantwortet, daß angesichts der Friedensliebe des deutschen Volkes hierfür kein Grund vorliege und daß auch v. Schleicher nicht der Mann sei, wie Ihr Korrespondent sich ihn anscheinend vorstellte.

Aus diesem Schreiben geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie falsch die Behauptungen der Kommunisten sind, daß Leipart bei der Unterredung mit dem Reichszankler

Die Wohnungsbautätigkeit



Der Wohnungsbau in Deutschland.

Die deutsche Wohnungsbauwirtschaft ist in der Wirtschaftskrise am stärksten zurückgegangen. Die städtische Wohnungsbautätigkeit ging gegenüber 1928 auf ein Drittel zurück, und nur noch ein Viertel der Bauarbeiter, die in Deutschland beschäftigt werden könnten, ist im Sommer dieses Jahres in Stellung gewesen. Das Bild gibt einen Ueberblick, wieviel Wohnungen in den Jahren nach dem Weltkrieg in Deutschland gebaut worden sind. Durch die Auswirkungen der Krise ist natürlich auch der Bedarf an teuren Neubauwohnungen zurückgegangen. Große Wohnungen stehen in allen Teilen Deutschlands heute leer und Nachfrage besteht eigentlich nur nach Kleinwohnungen bis zu 2½ Zimmern. Für die Volksgesundheit in Deutschland wird es von großer Bedeutung sein, daß ein Weg gefunden wird, der eine Verbilligung der Alt- und Neubaumieten ermöglicht.

v. Schleicher mehr Entgegenkommen gezeigt hätte, als er als Führer der freien Gewerkschaften vertreten konnte. Nachdem die kommunistische Presse dauernd mit den schiefen Darstellungen des „Excelsior“ operierte, wurde das Schreiben Leiparts zu einer dringenden Notwendigkeit.

* Die Unterhandlungen zwischen Schleicher und den Arbeitergewerkschaften.

Winterhilfe tut not

Selbst, wenn der Arbeitsbeschaffungskommissar im Reich, Dr. Gerecke, alle auf ihn gesetzten Hoffnungen in bezug auf die Anhebung der Wirtschaft erfüllen sollte, werden Millionen Arbeitnehmer in diesen Wintermonaten von den fargen Unterstützungsmaßnahmen aus der öffentlichen Fürsorge leben müssen. Nachdem die Unterstützungen wiederholt reduziert wurden, ist es dringend erforderlich, daß zusätzliche Unterstützungen eventuell in Form von Naturalien zur Verteilung kommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag dahingehende Anträge gestellt, deren Durchführung nicht an der finanziellen Belastung des Reiches zu scheitern brauchte. Sie will besonders die Belieferung der Bedürftigen mit Kleidungsstücken, Brot, Kohlen und verbilligtem Fleisch.

Nachdem der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags die Grundlagen der sozialdemokratischen Forderungen angenommen hatte, beschäftigte sich der Haushaltsausschuss mit der Angelegenheit. Dieser nahm zur Winterhilfsaktion die hier folgende Entschliessung an:

1. Für den Winter 1932/33 wird für alle Arten Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen. Ihre Durchführung wird den Gemeinden übertragen.
2. Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit solchen Naturalien (zum Beispiel Brot, Kohlen, Kleidungsstücken), mit denen, je nach den örtlichen Verhältnissen, der Notlage am besten gesteuert werden kann. Sie darf nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen.
- 2a. In den Monaten Dezember bis April sind für jeden Unterstützten zu liefern: 2 kg Brot wöchentlich, 20 Zentner Kohlen, ½ kg Fleisch wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als drei Köpfen entsprechend höher, bei Ledigen entsprechend niedriger zu bemessen.
3. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe, von der auch die Kleinstehenden nicht ausgeschlossen werden dürfen, stellt das Reich den Gemeinden zur Verfügung.
4. Diese Reichsmittel dürfen für andere Zwecke der Wohlfahrtspflege weder vom Reich verrechnet, noch von den Gemeinden verwandt werden.

Der Reichszankler von Schleicher führte in seiner Rundfunkrede über das Programm der Reichsregierung ungefähr folgendes aus: „Ich weiß sehr wohl, welche Not

heute unter den Millionen von Arbeitslosen, Sozialrentnern, Kleinrentnern und Kriegsoffizieren herrscht. Auch beim besten Willen wird es uns nicht gelingen, diese Not in den nächsten Monaten völlig zu beseitigen. Ich werde aber alle meine Kräfte einsetzen, um die Not im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu mildern und namentlich unbillige Härten zu beseitigen.“

Wenn es der Reichsregierung ernst ist mit ihrem Willen, zu helfen, muß sie die Winterhilfsaktion sofort beginnen und die in der Entschliessung des Haushaltsausschusses verlangten Maßnahmen unverzüglich durchführen.

Wer trägt in Deutschland die Steuerlast?

Die Ausgaben des Reiches wurden zwar in der Krise gedrosselt, sie sanken trotzdem langsamer als das Volkseinkommen. Zur Zeit wird mindestens ein Drittel des Volkseinkommens in Form von Steuern an das Reich abgeführt. Wer trägt diese gewaltigen Steuern? Neuerdings stellt eine aufschlußreiche Untersuchung in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ (Heft 46) von Dr. Herbert Broß ausdrücklich fest, daß heute „die finanziellen Lasten der deutschen Finanzpolitik die Masse trägt“ und daß „die direkte Besteuerung gegenwärtig mehr und mehr zur Massenbesteuerung umgebildet ist“. Bezeichnend für diese Tatsache ist die gewaltige Steigerung des Anteils der Verbrauchsteuern an den Steuereinnahmen des Reiches. Ihr Anteil betrug im ersten Halbjahr 1931 35 %, im ersten Halbjahr 1932 ist er auf 40,9 % gestiegen. Diese Verbrauchsteuern belasten zudem den unentbehrlichen Lebensbedarf und auch den Luxuskonsum der Massen, verschonen jedoch weitgehend den Konsum der Reichen. So wird zum Beispiel in der erwähnten Arbeit aufgeführt, daß allein die Besteuerung der teureren Weinorten Mehreinnahmen von 50 Millionen Reichsmark bringen könnte. Die Umsatzsteuer, die in letzter Zeit von 0,85 auf 2 % erhöht wurde, trägt gegenwärtig infolge der gleichzeitigen Einführung einer Ausgleichsteuer auf eingeführte Waren den Charakter einer ausgesprochenen Verbrauchsteuer. Der Anteil der Umsatz- und Transportsteuern an den Steuereinnahmen des Reiches stieg von 16 % im ersten Halbjahr 1931 auf 22,1 % im ersten Halbjahr 1932. Umsatz- und Verbrauchsteuern liefern im laufenden Jahr 63 % der Staatseinnahmen. Was dann noch an Staatseinnahmen übrig blieb, wurde überwiegend aus der Lohnsteuer und der Gehaltssteuer auf kleine Einkommen geliefert. Lohnsteuer und Krisenlohnsteuer zusammen genommen brachten im ersten Halbjahr 1932 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1931 nur 127 Millionen Mark weniger. Demgegenüber ist die auf Grund von Steuererklärungen veranlagte Einkommensteuer einschließlich des Krisenzuschlags von 464 Millionen auf 281 Millionen Mark, das heißt um über 40 %, zusammen gesunken. Die Realsteuern wurden abgebaut, die höheren und die hohen Einkommen blieben steuerlich weiter gesont. Der Besitzer eines Einkommens von 8000 M wird zum Beispiel zum gleichen Steuerfuß herangezogen wie ein solcher von 4000 M, obwohl bei der in der Krise eingetretenen allgemeinen Einkommenskrumpfung der Unterschied der Steuerkraft eines Einkommensbesitzers mit 4000 M Jahreseinkommen und eines andern mit 8000 M noch viel größer ist als zuvor. Bezeichnend für diese massenfeindliche Steuerpolitik ist auch die Erhöhung der Mineralabgabe und die gleichzeitige Senkung der Ausgleichsteuer auf inländische Mineralöle. Wird jetzt von der Sozialdemokratie die Wiederherstellung der früheren sozialen Leistungen gefordert, so kann diese Forderung auch mit dem Hinweis unterstützt werden, daß auch die Staatseinnahmen fast in ihrer Gesamtheit von den Arbeitnehmern stammen. Diese Tatsache läßt aber auch die Forderung rechtfertigen, den Besitz stärker als bisher zu belasten und ihm zur Bestreitung der dringendsten sozialen Aufwendungen Notsteuern aufzuerlegen.

Stach im Nazilager

In der Nazi-Partei herrscht wüstes Durcheinander, weil sich die Prominenten nicht über die Taktik der Partei einigen können. Eine Ueberraschung gab es, als Gregor Straffer, nach Hitler der angesehenste Mann der Nationalsozialisten, drei Wochen in Ferien ging, trotzdem die politische Situation zur Zeit recht brenzlig ist. Es wurde damit für jeden offenkundig, was Eingeweichte allerdings schon vorher wußten, nämlich daß in den Spigen der Nazi-Partei große Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind.

Den letzten Anstoß zum Bruch zwischen Straffer und Hitler soll die Preußenfrage gegeben haben. Straffers Kandidatur zum preußischen Ministerpräsidenten soll die letzte Ursache zu den scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Führern gewesen sein. Als Hauptgegner Straffers wird Goebbels angesehen. Bei den Auseinandersetzungen soll Straffer Hitler darauf hingewiesen haben, daß die Partei eine Schuldenlast von 12 Millionen Mark habe und daher einen neuen Wahlkampf, der der Nazi-Partei wiederum 2 Millionen Wählerstimmen kosten würde, finanziell nicht durchführen könne. Straffer war daher für die Annahme des Schlichterschen Ultimatus, um Zeit zu gewinnen, eine grundsätzliche Kursänderung der Partei durchzuführen. Diese Kursänderung sollte in der Rückkehr zum alten revolutionären Nationalsozialismus bestehen, um dadurch an die marxistisch gesinnte und gewerkschaftlich organisierte Arbeitererschaft heranzukommen. — Das wäre allerdings vergebene Liebesmühe gewesen.

Gregor Straffer wurde in die Wüste geschickt beziehungsweise ist gegangen. Ob er der Politik überhaupt entsagt, steht wohl noch nicht fest. Die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen im Nazilager abspielten, aber zeigen die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten der Führer, die auch dadurch nicht aus der Welt geschafft werden, daß die Betreuen um Hitler ihrem Oberlof mit Kreuzschwüren überschütten. Es knistert im Gebälk der Nazi-Partei; es soll uns gar nicht wundern, wenn es bald darin zu trachen anfängt.

Zum neuen Jahre wünschen der Verbandsvorstand und die Schriftleitung „Der Maler“ allen Verbandskollegen, Freunden und Mitarbeitern **viel Glück und Erfolg!**

Unterhaltungswürden

1933

Zwar hatten wir im alten Jahr die schwersten Kämpfe zu bestehen, zwar mußten wir in der Gefahr manchmal zurück in Deckung gehen — jedoch: wir hielten tapfer stand dem Angriff aller Finsterlinge, die alte Treue zum Verband war wieder unsre schärfste Klinge.

Wir wissen: auch das neue Jahr wird uns verstärkte Drangsal bringen, doch wieder wird es offenbar: Uns kann kein Gegner niederringen! Uns zwingt kein Hero der Gewalt, denn nichts vernagt uns auszuschalten, vor unsrer Festung macht er Halt, wenn einig wir zusammenhalten.

Es gärt und grollt wie im Vulkan, es brodeln wie im Hexenkessel. Die Welt der Arbeit schickt sich an, zu sprengen jede alte Fessel. Am goldenen Götzen nagt die Zeit, die Säulen seiner Tempel wanken. Den Hammer her! Die Tat befreit! Wir schlagen zu wie Tigerpranken!

Dram ist es unsre erste Pflicht, Bekenner dem Verband zu werden, denn als Tribun am Weltgericht will er uns Glück und Recht vererben. Umbrandet uns das neue Jahr mit Ungewittern und Orkanen, dann scharen, zum Gefechte klar, wir uns um unsre Siegesfahnen!

Victor Kalinowski.

Sein Jubiläum

Ein unfreundlicher Tag draußen. Mit Schnee gemischte Regenschauer legen an die Scheiben. Die Menschen haben es eilig und hasten frierend vorbei. Die Nacht war frostig. Ich trenne von meinem guten, alten Abreißkalender den 21. Dezember ab. Sprüche sind gemammelte Weisheiten. Ob sie wahr sind, ist eine andere Frage. Da steht heute folgendes:

„Harte verschlossene Menschen haben keine große Liebe im Herzen.“

Na ja, mag sein. Jedenfalls muß ich jetzt schleunigst auf die „Sorge“. Eine halbe Stunde später treffe ich Walter Lofe, der sich jochen seinen wöchentlichen Fürsorgefab (zwölf Mark, siebzig Pfennig) abgehoben hat. Mit triller Andächtigkeit verstaubt er die 1270 Pfennig in einem ziemlich abgegriffenen Brustbeutel, der noch aus seiner Militärzeit zu stammen scheint. Ich sehe seine Hände. Donnerwetter! ein paar Hämmer, denen es nicht schwer fallen könnte, diese Welt in Trümmer zu schlagen, die aber auch imstande wären, eine neue aufzubauen. Seine Wangen sind eingefallen, auf seinem wenig freundlichen Gesicht reden sich die Schnurbartspitzen wild gen Himmel. Wie ich ihn so kurz betrachte, muß ich an das Kalenderblatt denken.

Eros allem hänge ich an ihm. Ich weiß nicht recht, weshalb. Jedenfalls ist er die Aufrichtigkeit selber. Er kann auch manchmal ein wenig ironisch werden. So heute zum Beispiel: als er mir eröffnet: Mensch, heute habe ich Jubiläum. Ich verstehe ihn nicht recht. Na, heute bin ich doch vier Jahre arbeitslos! Ich kann nicht mehr als: Eoo?! Ach, ja! jagen. Er lädt mich zum Mitgehen ein. Wir schreiten durch die Innenstadt. Da hat er irgendwo einen kleinen Laden aufgestöbert, in dem er sich billigen Zabat kauft. Das Kraut ist auch danach. Er muß über die Feiertage langen Markt er mich auf, und bringt das Päckchen in einer Hofentasje unter.

Vor einem der neu eröffneten Kaufhäuser bleiben wir stehen. Neben uns zwei ärmlich gekleidete Kinder. Der Junge etwa acht, das Mädchen wohl sechs Jahre alt, scheinen Geschwister zu sein. Mit offenen Mündern schauen sie, die Mädchen platt an die Scheibe gepreßt, Wunderdinge an, die zu besorgen sie allem Anschein nach nicht auf diese Welt gekommen sind. Mit ihren kleinen Händchen weisen sie abwechselnd auf diesen oder jenen Gegenstand hin, dabei ihrer Freunde laut Ausdruck gebend, was geschehen würde, wenn sie eines dieser Säckelchen besäßen, wena — Sie wissen noch nicht, daß diese einfache Schaufensterscheibe zwei Welten trennt. Wir beobachteten sie eine Weile. Walter will plötzlich — wie er sich ausdrückt — einen kleinen Spaß machen. Ehe ich recht begreife, was er meint, ertönt schon sein gedämpfter Bass: Na, da lachst auch man was raus! Ich glaube er ist von Zinnen. Er bemerkt mein Bemühen, die Situation zu erfassen, und lächelt sein etwas breites, behäbiges Lächeln. Die Kleinen drücken fester ihre Händchen ineinander und weichen verängstigt etwas zurück.

Nach dem keinen Anjan! jage ich halblaut. Ach, quatsch nicht. Ich habe Jubiläum, bemerkt er eigenhändig. Behutsam watschelnd geht er dabei auf die Kinder zu und versucht, was ihm nur schwer gelingt, den rauhen Ton seiner Stimme auf Woll zu dämpfen: Etwas kennt ihr schon bekommen. Kommt mit! Du kriegst hier das kleine Auto, und du, zum Mädchen gewandt, die Puppe. Wollt ihr? Sie nicken. Es sind Gegenstände, die zusammen fünfzig Pfennig kosten.

Während ich zweifle, ob er sein Vorhaben — das mir immer noch verständnislos erscheint — in die Tat umsetzt, ist er schon mit den Kindern, in jede Hand versinkt ein kleines Fäustchen, im Labengewühl untergetaucht. Ich bleibe am Eingang zurück.

Nach einigen Minuten kommt er wieder, die Kinder an seiner Seite. Doch was sehe ich? Sie kommen mit leeren Händen. Auto und Puppe, zwei kleine Wünsche, sind im Warenhaufe geblieben, sind Traumbildner geworden. Jetzt ist er wieder bei mir.

So, nun begleite ich euch noch ein Stückchen, und dann geht ihr allein zu Papa und Mama. Das sagt er mit einer scheinbar ausgeglichener Ruhe. Es steht fast so aus, als ob er mir eigensinnig und böse sagen wollte: Auch ihnen müssen Wünsche und Hoffnungen aus dem Kopfe geschlagen werden. Walter Lofe! Mensch...!

Die Kleinen sind bald außer Sicht. Ich mache ihm Vorwürfe: Wie konntest du die Kleinen Gemüter enttäuschen? Er hört mich an und schweigt. Schweigt wie ein kleiner Junge, der eben bei einer Unart erlappt worden ist. Dann versucht er mir unbeholfen klarzumachen: Mensch, ich wollte ihnen die Dinger kaufen. —

Dachtest wohl wirklich, daß ich nur nen Zug machen wollte? Ne — ne. — Pöblich fragt mich der Junge zaghaft, ob ich ihnen nicht was zu essen geben könnte, sie hätten Hunger. Sie guckten auch gar nicht mehr so nach den Spielsachen wie andere Kinder, weist du, wie Kinder, die was im Leibe haben. Na ja. Da habe ich sie groß angesehen — darauf war ich nicht gefaßt — bin mit ihnen ans Buffet gegangen und habe jedem eine Bockwurst gekauft. Hättest sehen müssen, wie sie die vertilgt haben. 's war ja ein bißchen mehr, als was ich für Puppe und Auto ausgegeben hätte, aber — na, laß gut sein! Er schweig und laß weg.

Walter Lofe, dessen Hände wie Eisenhämmer herunterbaumelten, schämte sich einer Träne.

W. J. Luchow.

Künstlerpech

Da führte der Teufel einmal den Kilian zwar nicht auf einen hohen Berg, sondern zu einer alten Frau, die von ihrem verstorbenen Manne einige Bücher zu verkaufen hatte. Da er kein Geld hatte, versprach er, die Bücher in Raten jeweils am Zahltag zu bezahlen. Die Frau war einverstanden, und Kilian war glücklicher Besitzer von drei alten Studienwerken über „Hypnotismus“ und einem Werk über angewandte Chemie.

Nun ging ein langgeträumter Traum Kilians in Erfüllung: er wurde Hypnotiseur!

Da gibt es nichts zu lachen. Kilian wurde ein Hypnotiseur, der sich bald sehen lassen konnte. Er fand in seinem Schlafgenossen Kiewky ein gutes Medium und brachte ihn bald soweit, daß er auf Befehl polnisch „nationaltanzte“ oder auf deutsch Zwiebel für Pfeffer, ohne mit einer Wimper zu zucken, verspeiste. Wenn Kilian zu ihm sagte: „Du fliegst in einem Luftballon“, dann flog der Kiewky, bekam Schwindelanfälle und Gänsehäute vor Käse.

Wochenlang dressierte er nun den armen Polen, glaubte fest an dessen „Somnambulismus“ und trat dann endlich eines Tages mit ihm in einem geladenen Kreise junger Arbeiter in Nebenzimmer seiner Wirtschaft auf. Der Wirt, selbst ein großer Freund alles Uebernatürlichen, stellte einen alten Phonographen mit Wachswalzen zur Verfügung und ließ dem Kilian sogar einen Frack. So konnte die Sache steigen.

Das Medium hatte den ersten Teil mit Zwiebeln, Luftballon und so weiter glatt hinter sich gebracht. Im zweiten Teil legte ihn der Kilian im „Starrkrampf“ über zwei Stuhlbeinen und stellte sich zum Erstaunen des Publikums dem Aermsten auf den Leib. Uebrigens geht dieses Experiment auch ohne Starrkrampf. Aber im „Hypnotischen Zustand“ sieht es bedeutend besser aus. Allerdings kam der Kilian auf diese verbläffende Tatsache reichlich spät. Im Augenblick glaubte er fest, daß Kiewky schlafe.

Danach sollte der polnische Nationaltanz, begleitet von einer Walze aus der „Luftigen Witwe“, drantommen. Kiewky tanzte und raste wie verrückt auf und ab.

Aber da kam das Verhängnis: Die alte Walze hatte etwa in der Mitte eine Scharte, eine tief ausgefrägte Kille, in der sich die Nadel fing und nun einen sich wiederholenden Song ausführte, der zwerchfellerschütternd wirkte.

Alles lachte. Der Hypnotiseur Kilian hätte gern mitgelacht, aber der Zustand seines Freundes war zu ernst, als daß er sich hätte gehen lassen dürfen. Und übrigens: ein Hypnotiseur, der lacht! Das gibt's ja gar nicht.

Aber da blieb der Hypnotisierte mit einem Ruck stehen und plaste heraus: „Ha, ha, ha! Ich sich das ein Instrument, spaffiger — uh ha — hu —!“

Die Gäste wurden stusig; was hatte denn der Polack zu lachen?

Aber Kilian zeigte, daß er ein Kerl war. Einen Augenblick zwar hatte er Luft, davonzulaufen. Dann aber ermannte er sich und befahl Kiewky erneut Starrkrampf und steckte zu allem Ueberfluß dem Unglücklichen noch einige Nadeln in die Armmuskeln, ein Experiment, das er an sich schon öfters ausprobiert und dabei festgestellt hatte, daß die Nadeln nur im Augenblick des Einstechens in die Haut schmerzten.

Die Situation war gereift. Nach der „Erweckung“ des Mediums, das danach behauptete, „vorübergehend“ wach gewesen zu sein, gingen die beiden Künstler nach ihrer Wohnung. Unterwegs fragte Kilian den Kiewky: „Mensch! Was fällt dir denn ein? Warum hast du denn nicht geschlafen?“

„Hob sich überhaupt noch nicht gefasert, Kilian, natürliches! Hob sich immer gedenkt: bist armes Krubbschi,

bist krank im Kopf! Aber mußt dich machen Peach; mußt glauben, daß ich haben wollen lassen, immer lassen, dies und dies lassen! Habe wollen lassen los müdes Pferd vor Glitten beloffenen Baranths in letzte Winter!“

Da seufzte der Kilian tief auf. Sein Traum war in stägliche Erfüllung gegangen, hatte ihm aber nichts Uebernatürliches aus der vierten Dimension gebracht, sondern die Erkenntnis, daß alle guten Medien — gute Schauspielere seien.

Aus: J. Bendard „Mensch unterm Hammer“.

Wohin richtet man Beschwerden gegen Rundfunkdarbietungen?

Der Rundfunk gibt heute in seiner Programmgestaltung täglich und stündlich Anlaß zu berechtigtem Widerspruch der republikanischen, freiheitlich gesinnten Bevölkerung. Dieser Widerspruch muß in schärfster Form an die zuständigen Stellen in Form von Beschwerden weitergeleitet werden. Um diese Beschwerden wirksam anzubringen, ist es notwendig, sie an die richtigen Stellen zu leiten. Hierzu ist eine genaue Kenntnis der zuständigen Rundfunkinstanzen notwendig. Zwecklos sind Beschwerden an untergeordnete, nicht verantwortliche Instanzen. Häufig kommt es vor, daß Beschwerden an die Ansager gehen. Der Ansager ist nur verpflichtet, das, was ihm vorgelegt wird, ins Mikrophon zu sprechen. Er hat nicht das Recht, Kritik zu üben. Beschwerden an ihn zu richten, ist daher völlig verfehlt. — Die meisten Beschwerden richten sich heute gegen die Darbietungen der Abteilungen: Zeitfunk, Vortrag und Nachrichtendienst. Beschwerden gegen solche Darbietungen müssen also möglichst umgehend schriftlich an die Leiter der Abteilung Zeitfunk und der Vortragsabteilung der jeweiligen Sendegesellschaft gerichtet werden. Für künstlerische Fragen ist in erster Linie der Intendant der Sendegesellschaft zuständig. — Beschwerden, die sich auf die im Rundfunk durchgegebenen politischen Nachrichten beziehen, dürfen allein an die Abteilung „Der drahtlose Dienst“, Chefredakteur Hans Frische, Berlin SW 11, Stresemannstraße 101, gerichtet werden. Beschwerden grundsätzlicher und politischer Art sind zu richten an den Reichsrundfunkkommissar Oberregierungsrat Dr. Conrad, Reichsrundfunkgesellschaft Berlin, und an den Reichsminister des Innern, Berlin, Platz der Republik 6. Außerdem können Beschwerden grundsätzlicher Art an den zuständigen Staatskommissar desjenigen Staates gerichtet werden, auf dessen Boden der Sender steht.

Not und Glaube

Willst du dich messen als Mensch so miß dich am Großen! Denn am Großen nur erkennst du dich.

Stelle dich einer Aufgabe gegenüber! Suche etwas zu schaffen, für etwas zu ringen, ein großes Ziel zu erreichen! Und du erlebst dich, und du fühlst, wie du mit deinem Willen und mit deinem Können wächst.

Zersplittere die Größe deiner Kraft nicht mit bedeutungslosem Werke! Verschwenke die Kraft nicht, indem du nur zerledest und dich ausgibst an dem, von dem morgen schon niemand mehr spricht!

Sei schöpferisch! Fasse deine Kraft zum Erzwingen eines Morgen zusammen! Und mag die Welt in Verzweiflung und in Ohnmacht auch wanken: du bleibst ihr Mittelpunkt.

In seinem Glauben zeigt sich der stolze, kühnende Mensch. Aus seinem Glauben heraus überwindet er jeden Endes alle Widerstände. In seinem Glauben an das Größte — trotz alledem — ist der Mensch: Weltgestalter, Bildner der Erde, Erzwinger des Glücks.

Sei darum Kämpfer! Gib dich durch Kleinmut nicht selber auf! Sei ganz der, der du sein kannst, mit uns! Und unsere solidarische Macht wird in der Blut ihres Glaubens das Alte schmelen und die Welt formen zu neuem Glück.

Beitrag zur Kleinschreibungsfrage

Wir entnehmen diese Notiz dem „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer, Nr. 26 vom 30. November 1932, dem Verbandsorgan des Buchdruckerverbandes. Sie zeigt, wie sehr die Kleinschreibung noch umstritten ist.

Verfechter und Anhänger der ausnahmslosen Kleinschreibung behaupten immer wieder, das Lesen der Kleinschrift, auch in Fraktur, biete gar keine Schwierigkeiten, ja, sie erleichtere das Lesen sogar. Zur Illustrierung dieser Behauptung möge folgendes Beispiel dienen, das einer Einladung des deutschen Künstlerverbandes „Die Juryfreien“ in München entstammt:

„ausstellung zaver fuhr gehört zum hoffnungsvollsten des jungen nachwuchses originelle geologische verwerfung und kreuzung verschiedener schichten heutiger malerei: improvisatorische loderung wie vom impressionismus her, zugleich vulkanisch verschobene verblockung der massen (expressionismus), eingelegte lineamente wie mit dem lineal gezogen (konstruktivismus), oft auch prägnante raum- und sachwelt (gelegentlich wie bei den malern neuer gegenstandsbeziehung), alles das ist in freier eigener haltung, niemals einem lager verfallend... franz roh.“

An diesem sprachlich wie rechtsschreiblich abschreckenden Beispiel läßt sich die Auswirkung der Kleinschreibung sehr deutlich erkennen. Wenn ihre allgemeine Einführung erfolgen sollte, würden die „Juryfreien“ vielleicht die ersten sein, die wieder zur Großschreibung zurückkehren. Geben doch jetzt schon entragerte Kleinschreiber dazu über, sich besondere Großbuchstaben zu konstruieren.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Wer hilft in Rechtsfällen?

Die meisten Menschen sind in Rechtsstreitigkeiten hilflos. Ihre Gesetzeskenntnisse sind gering. In den Schulen wird nur sehr wenig darüber gelehrt, und das Einarbeiten in ein Gesetz ist nicht leicht. Im Zeitalter der Notverordnungen, die oft in einer schwer verständlichen Sprache abgefaßt sind, ist das Zurechtfinden noch viel schwerer geworden. Rechtskundiger Rat und Beistand in Rechtsstreitigkeiten ist deshalb eine wichtige Sache, namentlich für Unbemittelte.

Das haben die Organisationen der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Partei, frühzeitig erkannt. Ihre Funktionäre waren von jeder Gelegenheit, sich auch in Rechtsfragen einzusetzen, um ihren Mitgliedern mit Rat und Tat beizustehen. Diese Hilfe konnte aber naturgemäß oft nicht ausreichen. Deshalb sind schon vor Jahrzehnten besondere Stellen geschaffen worden, die sich nur mit der Rechtsberatung und Rechtshilfe zu befassen hatten. So entstanden die Arbeitersekretariate, die meistens von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zusammen geschaffen wurden und ein wertvolles Propagandamittel für sie sind. Zur Zeit gibt es 144 Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften. Wer einen Jahresbericht eines solchen Arbeitersekretariats in die Hand nimmt, wird erkennen, welche umfangreiche und wertvolle Arbeit auf allen Rechtsgebieten dort verrichtet wird. Daneben wirken auch die Vermittlungsstellen der Gewerkschaften sowie die Parteisekretariate und Parteiredaktionen aufklärend und helfend.

Namentlich ist die unentgeltliche Rechts-
hilfe von den Organen der Reichsversicherung von großem Wert. Die Arbeitersekretäre sind in Streitfällen der Sozialversicherung bessere Helfer und Stützen, als Rechtsanwälte es zu sein vermögen. Diesen, die in der Regel nur vereinzelt solche Sachen vertreten, fehlen oft die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen. Für sonstige Personen, die geschäftsmäßig als Rechtsbeistände auf eigene Rechnung tätig sind, gilt das gleiche meistens noch in höherem Maße. Die Inanspruchnahme eines Arbeitersekretärs ist um deswillen auch vorteilhafter, weil er kein persönliches Interesse daran hat, ein Streitverfahren einzuleiten und deshalb auch besser von aussichtslosen Prozessen abraten kann.

Neben der aktiven Hilfe in Streitfällen und der Auskunft über Rechtsfragen haben die Arbeitersekretariate auch die Aufgabe, die Entwicklung des Rechtszuganges der Unbemittelten zu beeinflussen. Hier entfalten auch die Rechtsabteilungen der Verbandsvorstände eine wertvolle Tätigkeit. Das Reichsversicherungsamt legt Wert darauf, bei grundsätzlichen Entscheidungen eingehend zu prüfen und würdigen auch von Arbeitersekretären zu Rechtsfragen gestellt gemacht wird, sei es bei persönlichen Vertretungen oder durch Eingaben. Die Bestimmungen der Notverordnungen geben besonders viel Anlaß zur Abwehr von noch ungünstigeren Auslegungen durch die Versicherungsträger.

Die Einwirkung auf die Rechtsentwicklung und die Rechts-
hilfe ist eine wertvolle Leistung der Arbeiter-
organisationen. Sie können um so wertvollere Arbeit leisten, je größer und leistungsfähiger sie sind. Deshalb gehört auch aus diesem Grunde jeder Arbeiter und Angestellte in seine für ihn zuständige Gewerkschaft.

Notwendiger Ausbau des Arbeitsschutzes

Die Berufsarbeit fordert jedes Jahr zahlreiche Opfer an Arbeitskraft und Gesundheit. Im Jahre 1929, einem Jahr einer leidlich guten Konjunktur, wurden nach den statistischen Nachweisungen des Reichsversicherungsamtes 1,5 Millionen Unfallanzeigen erstattet, 168 000 Unfälle verletzten schwer und führten zu einer Entschädigung und 9500 Unfälle hatten den Tod zur Folge. Zu diesen auf plötzliche Einwirkungen bei der Arbeit beruhenden Schädigungen und Verlusten traten weitere. Statistisch nicht genau zu erfassende schädliche Einflüsse, zum Beispiel durch grelles Licht, durch Lärm, Hitze, Kälte, Wind, Wetter, Luftdruck, Erschütterungen, chemische Gifte, Staub, Infektionen, einseitige Arbeitsstellung.

Es war und ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften, die Arbeiterschaft vor den zahlreichen Gefahren ihres Berufes zu bewahren, ihre Arbeitskraft und Gesundheit zu schonen und zu erhalten. Trotz vieler Widerstände seitens der Unternehmer sind die gewerkschaftlichen Bestrebungen auf diesem Gebiete nicht erfolglos gewesen. Dem gewerkschaftlichen Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit, um Ausbau der Sozialversicherung, um Verbesserung der Betriebsverhältnisse und der Betriebssicherheit konnte auf die Dauer Widerstand nicht geleistet werden. Die Forderungen der Gewerkschaften, die Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und Krankheiten zu erweitern und dabei die modernen Arbeitsmethoden, Betriebsrichtungen und die zur Verwertung kommenden Materialien zu berücksichtigen, ebenso die Forderung auf öftere eingehende Betriebsüberwachung durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften und nach Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertreter bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren haben schließlich erfüllt werden müssen, wenn auch auf diesem Gebiete trotz allem noch viel zu tun übrigbleibt. Das Bestreben der Gewerkschaften nach besserem Schutz ihrer Mitglieder vor Berufsgefahren und deren schädliche Auswirkungen setzen auch in der Zeit der wirtschaftlichen Krise nicht aus. Gerade in der jetzigen Zeit, wo soviel von der Verhütung der Produktion die Rede ist, wird vielfach verjuchelt, die Kosten der Arbeitsschutzmaßnahmen einzuschränken. Wie falsch eine derartige Einstellung des Unternehmertums ist, ergibt sich daraus, daß nach sachverständigen Berechnungen die kapitalisierte Unfallrentenlast rund 3 Milliarden Mark, die durchschnittlich jährliche Entschädigung für den einzelnen Fall rund 180 M be-

trägt, während die Berechnungen für den kapitalisierten Einzelschaden zwischen 3000 und 6000 M schwanken. Nach genauen Berechnungen der Sittten- und Maßwerk-Berufsgenossenschaft stellt jeder verbütete sonst entschädigungspflichtig gewordene Unfall für den Unfallversicherungsträger eine Ersparnis von 5400 M dar. Wenn also die Berufsgenossenschaft, deren Aufwand für die mit dem Gefahrenschutz zusammenhängenden Aufgaben jährlich rund 90 000 M beträgt, im Jahre nur 17 entschädigungspflichtige Unfälle verbüten hilft, so sind dadurch schon die Kosten der Unfallverhütung gedeckt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Abwehr der Krankheitsgefahren.

Der Arbeitsschutz in der jetzigen Zeit ist daher keineswegs eine losspieltige oder gar überflüssige Angelegenheit. Im Gegenteil, Einsparungen auf dem Gebiet der Unfall- und Krankheitsverhütung würden sich in höheren Ausgaben für Krankenkasse, Invaliden- und Unfallversicherung auswirken. Das für uns Maler erhöhte Veranlassung besteht, den hier erwähnten Fragen Beachtung zu schenken, ergibt sich aus den Besonderheiten unseres Gewerbes. Die Kollegen sind bei der Ausübung ihrer Berufsarbeit nicht nur den Unfallgefahren ausgesetzt, sondern können sich auch leicht langwierige und eventuell unheilbare Berufskrankheiten zuziehen.

Der einzelne Arbeiter kann und muß sich in dem Betrieb für die Durchführung der zu seinem Schutz erlassenen Bestimmungen einsetzen, er muß sich aber auch gegen jeden Versuch der Betriebsleitung, Sparmaßnahmen auf Kosten seiner Sicherheit durchzuführen, wehren. Darüber hinaus ist eine Fortentwicklung des Arbeitsschutzes, eine Verbesserung der Betriebsicherheit, eine Ausdehnung der Rechte der Arbeiterschaft bei der Mitwirkung auf diesem Gebiete notwendig mit dem Ziel, das höchste und kostbarste Gut des Menschen, Gesundheit und Arbeitskraft, weitestgehend zu schützen. Diese Aufgaben sind nur zu lösen, wenn die Arbeiterschaft auch weiter zusammengeschlossen in ihren Berufsorganisationen sich mit allen Kräften dafür einsetzt.

Müssen Wohlfahrtsdienstleistungen Streikarbeit leisten?

Die steigende Zahl der Arbeitskämpfe und die Tatsache, daß der größte Teil der Arbeitslosen von der Gemeinde unterstützt wird, lassen die Wichtigkeit dieser Frage erkennen. Wir haben aber leider kein Gesetz, das diese Frage klipp und klar beantwortet.

In der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversicherung ist die Rechtslage sehr klar. Das „Arbeitsvermittlungsgesetz“ und „Arbeitslosenversicherungsgesetz“, geführt durch die Wohlfahrtsämter, gibt den Arbeitsämtern nicht das Recht, Arbeitslose in Streikarbeit zu vermitteln. Nach § 62 WAG, darf eine Vermittlung nur zu tariflichen Bedingungen erfolgen. Der § 63 WAG regelt die Anzeigepflicht des Arbeitgeber bei Arbeitskämpfen. Eine Vermittlung darf nur dann stattfinden, wenn der zu vermittelnde Arbeiter es selbst wünscht, nachdem man ihm die Tatsache des Arbeitskampfes mitteilte. Nach § 90 Absatz 2 Ziffer 3 WAG kann, wie gesagt, die Arbeitsannahme bei Arbeitskämpfen abgelehnt werden.

Die Rechtslage in der Wohlfahrt ist dagegen nicht ebenso klar. Die Gesetze über die Wohlfahrtsunterstützung sind erlassen worden, als praktisch eine Gewährung der Wohlfahrtsunterstützung an Arbeitslose nur in ganz verschwindend geringem Umfang vorkam. In der Hauptsache sind diese Gesetze auf die Unterstützung Hilfsbedürftiger aller Art zugeschnitten. Bestimmungen über Streikarbeit Wohlfahrtsdienstleistungen wären jederzeit gegenstandslos gewesen. Erst die fürchterliche lange Wirtschaftskrise ließ die Arbeitslosen aus ihrer eigentlichen Versorgung ausscheiden. Damit im Zusammenhang tauchten solche Probleme wie die Streikarbeit Wohlfahrtsdienstleistungen überhaupt erst auf. Die gegenwärtige politische Situation verhindert jedoch den Einbau entsprechender klarer Bestimmungen in die Gesetze.

Die Gesetze über die Wohlfahrtsunterstützung gehen davon aus, daß zur Behebung einer Notlage oder der Hilfsbedürftigkeit einmalige oder laufende Unterstützungen gegeben werden können. Irgendeinen Rechtsanspruch oder einen auf Rechtsgründe zu stützenden Einspruch gibt es jedoch nicht. Die Arbeitskraft des Hilfsbedürftigen muß jedoch sofort eingesetzt werden, wenn es sich um eine Arbeit handelt, die ihm billigerweise zugemutet werden kann. (§ 7 der „Reichsgrundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge“.)

Die Entscheidung darüber, ob die Arbeit billigerweise zugemutet sei, soll nach den besonderen einzelnen Verhältnissen, wie Alter, Gesundheit, Beruf, häusliche Verhältnisse usw. des Hilfsbedürftigen erfolgen. Man kann also annehmen, trotzdem eine Bestimmung darüber nicht anzutreffen ist, daß es sich stets um ein den gesetzlichen Bestimmungen entsprechendes Arbeitsverhältnis handeln muß, wenn ein Hilfsbedürftiger Arbeit angetrauen erhalten soll. Eine andere Auslegung des Gesetzes würde ja dazu führen, daß zum Beispiel auch eine angeborene Schwachheit angenommen werden müßte, trotzdem sie gesetzlich und behördlich bekämpft wird.

Die Reichsverfassung gewährt das Koalitionsrecht und erlaubt Arbeitskämpfe. Der organisierte Wohlfahrtsarbeitslose kann sich also, wenn ihm seitens des Wohlfahrtsamtes Streikarbeit zugemutet wird, darauf berufen, daß einmal sein Koalitionsrecht dadurch verletzt wird und zum andern das Vorgehen des Wohlfahrtsamtes eine unzulässige Einmischung in den erlaubten Arbeitskämpfe darstellt. Ferner können die Wohlfahrtsdienstleistungen sich darauf berufen, daß zur Arbeitsvermittlung nur das Arbeitsamt allein berechtigt sei. Die Gemeinden, ebenso die Wohlfahrtsämter, haben dieses Recht nicht.

Das ergibt sich insbesondere auch aus dem § 205 WAG. Werden auf Grund desselben Paragraphen Gemeinden mit der Vermittlung vom Arbeitsamt beauftragt, so gelten auch für sie die Bestimmungen des WAG und die Weisungen des Arbeitsamtsvorsitzenden.

Namentlich für die Kollegen in kleineren Orten, wo oft der Gemeindevorsteher, der die Wohlfahrtsunterstützung auszahlte, Arbeitsamtsfunktionen hat, ist es wichtig, dieses zu wissen. Die Wohlfahrtsämter können sich also nur an das Arbeitsamt wenden, mit der Bitte, den Hilfsbedürftigen in diese oder jene Arbeitsstätte zu vermitteln. Die Arbeitsämter können die Vermittlung nur im Rahmen des für sie geltenden Befehles vornehmen, welches, wie oben erwähnt, die Vermittlung in Streikarbeit nur auf eigenen Wunsch des Arbeitnehmers gestattet.

Für Gewerkschaftsmitglieder empfiehlt es sich in jedem Falle, sofort die Organisation, in kleineren Orten auch den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu benachrichtigen, wenn das Wohlfahrtsamt Streikarbeit von ihnen verlangt. Von dort wird dann sofort eingeschritten, wenn sich Schwierigkeiten für den Kollegen ergeben.

Begriff des Zehelms und der Zehelmshaltung

Gegen einen Unternehmer, dem die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen gemäß § 129 der Gewerbeordnung nicht zusteht, war gemäß den Strafbestimmungen der Gewerbeordnung vorgegangen worden, nachdem festgestellt worden war, daß in dem Betriebe des Angeklagten seit etwa 2 1/2 Jahren ein junger Mensch beschäftigt war, der in verschiedenen, dem fraglichen Erwerbzweig eigentümlichen Handfertigkeiten unterwiesen wurde oder Gelegenheit hatte, sich solche Fertigkeiten in geringerem oder größerem Umfange anzueignen.

Indessen gelangte das Thüringische Oberverwaltungsgericht zu der Ansicht, daß seitens des Unternehmers kein Verstoß gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung begangen sei. Von einem Lehrling könne im vorliegenden Falle keine Rede sein; denn als Lehrlinge sind diejenigen Personen anzusehen, die zum Zweck einer geregelten Berufsausbildung in fremden Diensten beschäftigt werden, denen planmäßig die für die selbständige Ausübung des in Frage kommenden Berufes in § 129 a geforderten Kenntnisse und Fähigkeit vermittelt werden. — Hier aber handelt es sich ja nur um die Unterweisung des Beschäftigten in einzelnen, dem betreffenden Erwerbzweig eigentümlichen Handfertigkeiten; nach einer Beschäftigungsdauer von 2 1/2 Jahren wird der erwähnte junge Mann nach immer hauptsächlich mit Botengängen, Verteilern von Material und nur gelegentlich mit Handgriffen beschäftigt, die zur Berufsausbildung erforderlich sind. Deshalb ist, soweit ihm eine „Anleitung“ zu teil wird, diese weder eine planmäßige, noch umfaßt sie die Berufsausbildung als Ganzes oder ist sie insbesondere darauf gerichtet, dem Angeleiteten die zur selbständigen Berufsausbildung nötigen Kenntnisse zu vermitteln. — Es kann hier also von einem Lehrlingsverhältnis oder von einem vereinfachten Lehrlingsverhältnis keine Rede sein. Die Voraussetzungen zu einem Vorgehen gegen den Unternehmer auf Grund des § 144a der Gewerbeordnung liegen folglich nicht vor. (Thür. Oberverw.-Ger., 13. 1. 32 — A 7. 31).

Diese Auslegung der Gewerbeordnung läßt leider den Unternehmern manche Möglichkeiten offen, junge Menschen zu beschäftigen, ohne daß diese als Lehrlinge gelten und somit ihre Gesellenprüfung machen können, um als Facharbeiter anerkannt und entlohnt zu werden.

Die Höhe des Krankengeldes für Arbeitslose

Als Grundsatz für die Gewährung von Krankengeld an Arbeitslose gilt der, daß das Krankengeld nicht höher sein darf als die Unterstützung, die ihm zustehen würde, wenn er nicht erkrankt wäre. Es ist dies im § 120 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ausdrücklich festgelegt. In einer Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt folgenden Rechtsgrundsatz aufgestellt: „Der Arbeitslose soll weder einen Vorteil erzielen noch einen Nachteil erleiden, wenn er erkrankt und arbeitsunfähig wird; er soll weder der Versicherung ausgesetzt werden, sich fälschlich für krank auszugeben, noch soll er, wenn er wirklich erkrankt ist, durch die Rücksicht auf die Bemessung des Krankengeldes bestimmt werden, die erforderliche Krankmeldung zu unterlassen.“ Auf Grund dieser Rechtslage ist das Krankengeld des Arbeitslosen schwankend. Es ändert sich dann, wenn sich die Unterstützung ändert, die der Arbeitslose erhielt, wenn er nicht krank wäre. Das Krankengeld folgt also stets der Unterstützung. Nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen erhält der Arbeitslose nur für sechs Wochen die ihm nach dem Gesetz zustehende Unterstützung. Die weitere Gewährung der Unterstützung hängt von dem Vorliegen der Hilfsbedürftigkeit ab. Der Arbeitslose erhält dann nur noch 1/2, wenn und soweit er hilfsbedürftig ist. Die 1/2 ist dann weit mehr Schwankungen unterworfen als die versicherungsmäßige Unterstützung. Es ergeben sich hier eine Reihe Zweifelsfragen. Erkrankt beispielsweise ein Unterstützungsempfänger in den ersten sechs Wochen, so schiebt sich die Bedürftigkeitsprüfung um die Zeit der Erkrankung hinaus. Die Prüfung kann erst dann erfolgen, wenn wirklich für 36 Wochen 1/2 bezogen worden ist. Noch ein anderer Fall ist interessant und auch für die Arbeitslosen sehr wichtig. Zwei Arbeitslose erhalten jeder wöchentlich 9 M Unterstützung. Nach 36 Tagen wird dem R. die Unterstützung entzogen, da er nicht hilfsbedürftig ist. M. dagegen ist hilfsbedürftig und erhält 4 M wöchentliche Unterstützung weiter. Beide werden nach Ablauf der 36 Tage krank. R., dem die Unterstützung entzogen worden ist, erhält während der Arbeitsunfähigkeit nach § 214 der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit § 118 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes seinen alten Unter-

Stützungssatz, also 9 M je Woche, als Krankengeld. W. dagegen erhält als Krankengeld nur den herabgesetzten Unterstützungssatz von 4 M je Woche. Der „Hilfsbedürftige“ erhält also weniger als der, dessen Hilfsbedürftigkeit verneint ist. Wird einem Arbeitslosen nach Ablauf der 36 Tage keine Mu mehr gewährt, da er nicht hilfsbedürftig ist, und bezieht er an diesem Tage Rassenleistungen, so muß die Rasse den Fall abwenden. Solange er dabei von der Rasse Barleistungen erhält, also arbeitsunfähig ist, bleibt er Rassenmitglied. Bezieht der Arbeitslose, dessen Hilfsbedürftigkeit verneint wird, keine Rassenleistungen, so scheidet er mit Ablauf der 36 Tage aus der Rasse aus. Er hat dann das Recht, sich bei der Rasse innerhalb drei Wochen freiwillig weiterzuversichern. Rl—s.

Privatrechtliche Verpflichtung des Arbeitgebers für die Sorge um Anmeldung zur richtigen Krankentasse und Einreihung in die richtige Lohnstufe. Bei Verstoß Schadenersatz.

Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 11. Mai 1932 — 62/32.

Hat der Arbeitgeber die Anmeldung des Arbeitnehmers und Abführung der Sozialbeiträge zur Sozialversicherung dem Arbeitnehmer gegenüber übernommen, so ist er privatrechtlich verpflichtet, für die Anmeldung zur richtigen Krankentasse und zu der richtigen Lohngruppe Sorge zu tragen. Erhält der Arbeitnehmer infolge der zu niedrigen Anmeldung eine zu niedrige Arbeitslosenunterstützung, so muß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer den Unterschied als Schadenersatz zahlen. Er kann aber den Schaden dadurch abwenden, daß er noch vor der rechtskräftigen Festsetzung der Arbeitslosenunterstützung die nach der richtigen Lohngruppe zu wenig entrichteten Beiträge an das Arbeitsamt nachzahlt.

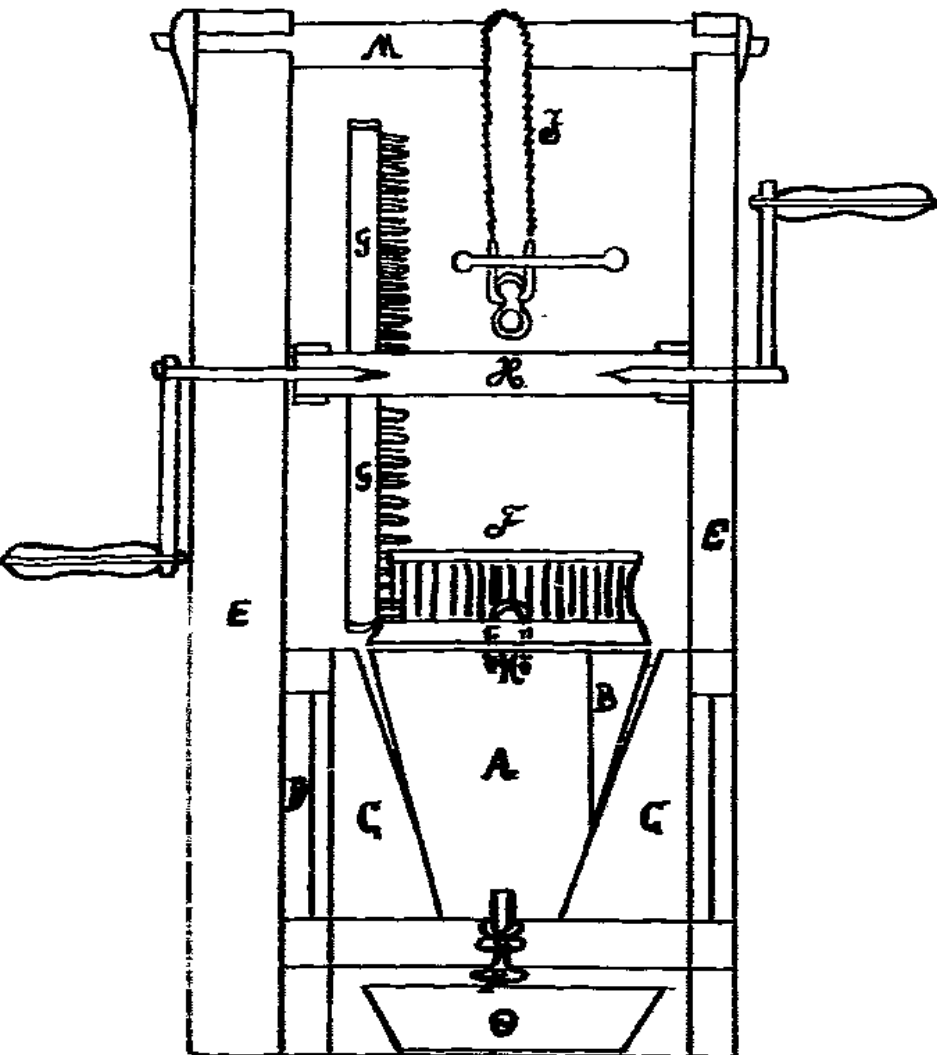
Die erste Leipziger Farbenreibmaschine

Nachdruck verboten!

Die im Jahre 1829 zu Leipzig gegründete polytechnische Gesellschaft zählte in der Hauptsache Handwerker zu ihren Mitgliedern. Diese suchten sich durch öffentliche Sitzungen, Veranstaltungen von Ausstellungen, Vorträge usw. weiterzubilden. Zu den Mitgliedern der Gesellschaft gehörte auch der Glasmeister Johann Siegmund Waibel, der im Jahre 1812 Leipziger Bürger geworden war. In damaliger Zeit strichen die Glaser ihre Fenster selbst. Das mühsame Reiben der Delfarben hatte den Meister auf die Idee gebracht, hierfür eine Maschine zu konstruieren. Am 25. Juli 1839 schreibt der Meister an den Leipziger Rat folgenden Brief:

„Nach mehr als zehnjährigen Bemühungen ist es mir gelungen, eine gewerbliche Erfindung zur Ausführung zu bringen, welche dem Gemeinwesen von einigem Vortheile sein dürfte. Ich hatte schon vor dieser Zeit bemerkt, daß die Delfarbe, welche ich auch in meinem Geschäft anzuwenden habe, oft schlecht und unbrauchbar und dabei doch verhältnismäßig teuer war. Ich bemühte mich, die Ursachen zu ergründen und fand auch bald, daß nicht das Material allein, sondern auch und hauptsächlich die mühsame Reibung der Delfarben den hohen Preis sowie die beim Gebrauche hinderliche Härte verursache. Deshalb sann ich mit Ernst und allem Fleiße auf Abhilfe dieses Uebelstandes. Ich kam zu dem Resultate, daß es möglich sein müßte, das so mühsame Reiben der Delfarben durch eine Maschine verrichten zu lassen...“

Jeden volle Jahre hat der Meister all seine Feiertunden an das Zustandekommen dieser Idee verwandt,

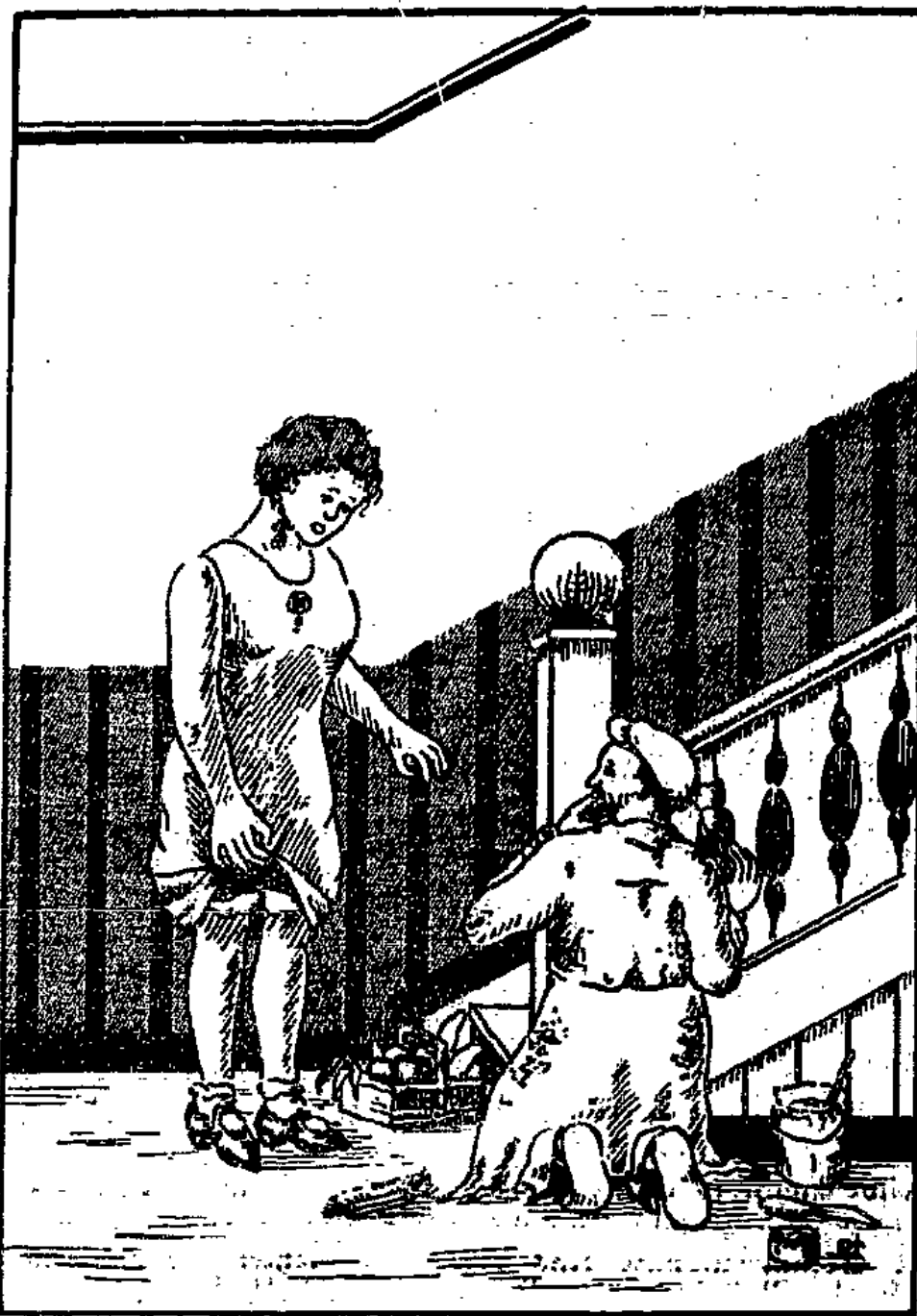


bis es ihm endlich doch glückte, eine Maschine zustande zu bringen, mit deren Hilfe es möglich war, die Farben ohne Vermischung von Wasser zu zerreiben. Mit Hilfe dieser Maschine brachten zwei Arbeiter mehr fertig als fünfzig Farbenreibe in der gleichen Zeitspanne. Um nun auch den Segen ernten zu können, erbat sich Waibel auf seine Maschine ein zehnjähriges Privilegium. Die Leipziger Regierung aber forderte erst den Bericht des Leipziger Rates ein, und diesem Umstände haben wir es zu verdanken, daß die Waibelsche Erfindung näher bekannt wurde. Der Rat forderte das Sachverständigen-gutachten des Rathemasters Hohlfeld ein, der von der Waibelschen Farbenreibmaschine folgende Beschreibung gab:

Die Waibelsche Farbenreibmaschine besteht aus einem abgerundeten Regel (A) von Marmor, welcher in B einen Zeitereinschnitt hat, wovon die eine Ebene in der Rich-

Eduard Bernstein gestorben

Wie uns noch kurz vor dem Druck dieser Nummer des „Maler“ bekannt wurde, ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein im 83. Lebensjahre an Altersschwäche gestorben. Bernstein, einer der besten sozialistischen Theoretiker, hat als Begründer des Revisionismus oft mit Bebel als dem Vertreter des radikalen Flügels in der Sozialdemokratischen Partei die Ringe gekreuzt. Er war auch stark literarisch tätig und schrieb viele tiefgründige und vielgelesene Abhandlungen und Bücher. Während des Krieges schloß sich der Verstorbene der USV an, aber sein ganzes Streben galt der Wiedervereinigung mit den damaligen Mehrheitssozialisten. Die Sozialdemokratische Partei verliert mit Bernstein einen ihrer bewährtesten Kräfte. Auch wir bedauern das Hinscheiden dieses unermüdbaren Kämpfers für die Interessen der Arbeiterschaft und senden ehrend unsere Fahne.



Herr Maler, ich hab' mein ganzes Kleid voll Farbe geschmiert. — So? Da lassen's nur meinen Meister nachseh'n, der denkt immer, wir schloppen die Farbe fort.

tung des Halbmeßers fortgeht, und die andere Ebene eine beinahe S-förmige Kurve bildet; dieser Regel wird in einem ziemlich gleichen Hohlkegel (CC) bewegt, welcher jedoch nach seiner oberen Grundfläche zu sich erweitert und ebenfalls aus Marmor besteht. F ist ein Drehling, welcher auf dem Regel A durch die in demselben eingelassenen halbzirkelförmigen Klammern KK vermöge durchgesteckter Reile festgehalten wird. L ist ein in A an seiner unteren Fläche eingelassener Zapfen, der in einer Platte sein Lager hat, welches sich, sowie der Regel selbst, vermöge der Schraube P nach Erfordern stellen läßt. O ist ein Behälter von starkem Eisenblech zum Unterfassen, damit die fertige Farbe in denselben abfließen kann. EE sind Säulen, durch welche die Zapfenlager für die Welle H gehen, an deren Enden sich Kurbeln befinden. An dieser Welle ist das in seinem Umfang mit einem Reifen von Blei versehene Rammrad GG angebracht, welches in das Getriebe oder den Drehling F eingreift und so den Regel A in Bewegung setzt. Durch den Querbalken M geht die hölzerne Schraube J, welche unten mit Eisen verschuft und mit einem Hebelarme und einem Laufringe versehen ist. Diese Schraube dient dazu, um den Regel A nach Abnahme des Drehlings F vermöge der Klammern KK zu fassen, in die Höhe zu heben und nach Erfordern ihn und den Hohlkegel zu reinigen.

Ueber den Gang und die Wirkung der Maschine schreibt Magister Hohlfeldt an den Rat:

„Man schüttet den in grobem Zustande sich befindlichen und mit Del und Firnis versehenen Farbstoff in den Ausschnitt oder Behälter B, füllt nach einigen Umdrehungen des Regels A immer gleiche Rasse nach. Da nun der Regel sich fortbewegt, so wird auch die eingeschüttete Masse stets dem oberen Zwischenraum (zwischen Regel und Hohlkegel) zugeführt, weil der Hohlraum von A in B in einer sich krümmenden Ebene ausläuft. Da nun die Seile sich immer mehr senken, so verkleinern sie sich immer mehr und mehr, bis sie endlich an die untersten Seitenflächen gelangen, wo eigentlich fast gar kein Zwischenraum vorhanden ist, und wo folglich der Stoff, ehe er nach dem Behälter O abfließen kann, in die feinsten Seile zerlegt sein muß.“

Die Maschine verfeinert also nach und nach den dargebotenen Stoff. Allen bisher bekannten Farbreibmaschinen fehlte diese Einrichtung ganz. Bei den bisherigen Maschinen mußten die gröberen Teile immer wieder mit den feineren zerrieben werden, wobei viel Zeit verschwendet wurde, auch wurde eine derartig geriebene Farbe nie durchgängig gleich zerrieben.“

In der Waibelschen Farbenreibmaschine aber senkte sich die Farbe durch ihre eigene Schwere und durch die fortwährenden Umdrehungen immer tiefer.

Der Leipziger Rat erteilte dem Meister und Erfinder dieser Farbenreibmaschine die Erlaubnis, auf dieser von ihm erbauten Maschine Delfarbe zu erzeugen und solche auch in den Handel zu bringen. Arnold Kapp, Leipzig.

1 Leipziger Staatsarchiv W/947.

Die Haus- und Grundbesitzer fordern

Die Hausbesitzer sind unzufrieden. Dies geht aus einem Schreiben hervor, das der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzerperiode an den Reichskanzler gerichtet hat. In dem Schreiben wird behauptet, daß die Maßnahmen der Regierung dem Hausbesitz nur unzureichende Hilfe gebracht habe. Da nach Ansicht der Haus- und Grundbesitzer der Landwirtschaft mehr Entgegenkommen gezeigt wurde, richten sie an die Regierung einen dringenden Appell, ein grundlegendes Reform- und Sanierungswert für den Hausbesitz zu schaffen. Natürlich lehrt auch ihre alte Forderung nach restloser Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft wieder; weiter das Verlangen auf Förderung einer allseitig fühlbaren Zinsmilderung. Daneben wollen sie noch Erweiterung der Zwangsvollstreckungs-Schutzmaßnahmen.

Ein Sprichwort sagt: „Der Appetit kommt mit dem Essen.“ So ist es auch hier. Nachdem die Papenregierung den Haus- und Grundbesitzern weit entgegenkam, ihnen 50 Millionen als verlorene Zuschüsse zu den Reparaturarbeiten zur Verfügung stellte, ihnen für ihre Grundsteuer Steuerermäßigung zukommen ließ, sind sie erst recht auf den Geschmack der staatlichen Zuschüsse gekommen. Die 50 Millionen Zuschüsse zu den Hausreparaturen sind verbraucht. Wer hat davon profitiert? Von unsern Kollegen, das zeigen unsere monatlich sehr gewissenhaft durchgeführten statistischen Erhebungen, fast niemand. Und deshalb muß, sollte die Regierung dem Drängen der Hausbesitzer wieder nachgeben, dafür gesorgt werden, daß die von uns gestellten Forderungen bei den Hausreparaturarbeiten Gehilfen zu beschäftigen, verwirklicht werden. Auch der Gehilfe will leben.

Die Buchkarte eine sehr zeitgemäße Einrichtung

Bücher und Zeitschriften sind fundamentale Bausteine zum Aufbau jeder Bildungsarbeit. Erfreulicherweise nimmt der Drang der Arbeiterschaft nach Aneignung von Wissen und Können in dem Maße zu, wie sich ihre wirtschaftliche Lage leider verschlechtert. Die Kluft zwischen den literarischen Bedürfnissen und der Kaufkraft wird dadurch immer größer. Es sind deshalb alle Bestrebungen zu begrüßen, die der Arbeiterschaft den Erwerb des guten Buches ermöglichen beziehungsweise erleichtern.

Aus diesen Erwägungen heraus hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Bucharten-System geschaffen, das ein Spar- und Kredit-System verbindet. Der Bucharteninhaber kann sich durch völlig zwanglosen Kauf von Buchmarken im Werte von je 20 S ein kleines Guthaben zulegen, das ihn schon nach Einsparung von 60 % des Kaufpreises zur Entnahme jedes gewünschten Buches berechtigt. Die Grundzüge des Bucharten-Systems sind:

„Keine literarische Bevormundung, keine regelmäßigen drückenden Verpflichtungen, keine umständliche Verrechnung und Verwaltung, sondern größte Freizügigkeit in der Bücherwahl, größte Anpassung an die finanzielle Lage der Teilnehmer, größte Bequemlichkeit im Verkehr mit der Geschäftsstelle.“

Die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin SW 19, Inselstraße 6a, stellt Interessenten Prospekte zur Verfügung und erteilt nähere Auskunft.

Das ganze System ist zur Bequemlichkeit der Teilnehmer auf die Mitarbeit von Vertrauensleuten aufgebaut. Kollegen, die sich zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich mit der Verlagsgesellschaft in Verbindung zu setzen.

Die Teilnahme an dem System, das den Arbeiter in die Lage versetzt, sich auf bequemste Art eine eigene kleine Bücherei ganz nach Geschmack, Neigungen und Interessen zuzulegen, kann wärmstens empfohlen werden.

Gewerkschafter sein

Gewerkschafter sein heißt, den Nacken recken, die Fäuste ballen, vorwärts blicken und stark sein.

Wenn das Elend rüttelt und Hunger schmerzt: wir werden nicht weichlich und schlapp. Wir fühlen das Recht, das mit uns geboren und das mächtiger als das Brutale der Wirtschaft ist.

Gewerkschafter sein heißt, Bruder sein unter Brüdern.

Wie du leidest alle. Keiner ist seines Schicksals gewiß. Jeden sucht man auszunützen bis zum Äußersten. Und dieses Unrecht am Menschen empört uns Menschen und schweißt uns zusammen zu einer Macht.

Der Mensch in uns schreit und will.

Gewerkschafter sein heißt, an die Gerechtigkeit glauben und das Göttliche fühlen, das aus uns heraus durch die vereinte Kraft die Seele einer andern Ordnung sein soll.

Gewerkschafter sein ist heiliger Dienst am Großen des Menschen.

Gewerkschafter sein heißt, Gestalter sein an der Zukunft der Freiheit und der brüderlichen Verbundenheit und der innigen Gemeinsamkeit aller Menschen.

Reiß dich ein in die Front!
Kollege, stehe nicht abseits!
Sei Kämpfer mit uns!
Sie uns Bruder!

**Wert die gelesenen „Maler“ nicht fort!
Gebt sie den Unorganisierten!**

Kreisumfälle

Hamburg. Am 8. November dieses Jahres stürzte der unorganisierte Malergehilfe Hans Schmidt beim Fensterstreichen aus dem dritten Stock auf die Straße. Der Gestürzte wurde mit sehr schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht.

Die Fenster hatten mehr als 2 Meter hohe Höhe und bursten nach der Baupolizeiverordnung nicht vom äußeren Fenstersturz aus gestrichen werden. Auch die Vorschrift, daß Gurt und Fangleine benutzt werden müssen, wurde auf der Arbeitsstelle nicht beachtet.

Wuppertal (Berufsunfall). Unsere Kollegen Walter Westarp und Herrn. Nebeling arbeiteten am 9. Dezember im Städtischen Krankenhaus in Eberfeld auf einem aus zwei Stehletern gebauten Gerüst. Dieses schlug um und beide Kollegen stürzten aus drei Meter Höhe ab. Westarp kam mit einer Handverstauchung davon, Nebeling wurde schwer verletzt, und zwar durch Beckenbruch. Außerdem zog er sich eine Gehirnerschütterung zu, auch sollen sonst noch innere Verletzungen vorhanden sein. Nebeling fand sofort Aufnahme im Krankenhaus. G. 111c.

Gewerkschaftliches

Die Volksfürsorge meldet steigenden Antragszufluss an Klein-Lebensversicherungen.

Die Vertrauenskrise in der Wirtschaft beeinträchtigte im letzten Jahre auch die Werberätigkeit der Volksfürsorge unseres Lebensversicherungsunternehmens. Seit dem September ist eine Wendung eingetreten. Die Zahl der monatlich eingereichten Anträge für Volksversicherungen stieg im September auf 11 322 und im Oktober auf 13 218. Für November ist ein noch bedeutend günstigeres Ergebnis zu erwarten.

Diese Besserungserwartungen sind sehr erfreulich, nachdem die Volksfürsorge sich viele Monate mit einem niedrigeren Resultat zufriedengeben mußte. — Auch die Wiederintraffung beitragsfrei gewordener Versicherungen hat zugenommen. Wenn diese Entwicklung anhält, wird die Volksfürsorge in absehbarer Zeit wieder in der Lage sein, den Baumarkt durch Hypothekenabgaben mehr als im letzten Jahre zu beleben.

Die Steigerung der Kleinverkaufspreise.

Nach den Ermittlungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über die Preise von 23 Bedarfsgütern in 33 Städten hat sich die allerdings noch geringe Preissteigerung fortgesetzt. Bei den Konsumgüterpreisen kosteten bestimmte Mengen von 23 Bedarfsgütern 21,50 M. am 24. August, 21,67 M. am 21. September, 21,74 M. am 18. Oktober. Die entsprechenden Preise im gesamten Kleinhandel gemäß der amtlichen Wechsler lauteten: 22,54 M., 22,74 M. und 22,98 M. Die Konsumgüterpreise waren mithin billiger als der private Handel. Die Preissteigerung wichtiger Lebensmittel und Bedarfsgüter in einer Zeit tiefer Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommens ist beachtlich und zugleich charakteristisch. Niedrige Löhne, Unterfügungslage, die ein Hungerdasein gewährleisten, und Arbeitslosigkeit bedeuten bei steigenden Lebensmittelpreisen Vermehrung des Elends und Verschärfung der Not. Dagegen energisch anzukämpfen ist Sache der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen.

Baugewerbliches

Bilanz des Wohnungsbaus im Jahre 1932.

Wie das Institut für Konjunkturforschung in seiner neuesten Veröffentlichung (Vierteljahrshefte, 7. Jahrgang, Heft 3) mitteilt, beträgt der Wohnungszugang im Jahre 1932 nur rund 40 % des Vorjahres. Während 1931 noch 252 000 Wohnungsneubauten, 1930 sogar 330 000 hergestellt werden konnten, wird sich nach vorläufiger Berechnung der Wohnungszugang 1932 auf nur 110 000 bis 120 000 Wohnungen beschränken. Bemerkenswert sind vor allem hierbei einige auffällige Verschiebungen. Die schon im Vorjahr beobachtete Entwicklung, daß der Rückgang der Bautätigkeit stärker die Stadt als das flache Land betrifft, setzte sich im laufenden Jahr in verstärktem Maße fort. Aber auch in anderer Beziehung hatte die Wohnbautätigkeit 1932 gegenüber dem Vorjahr einen wesentlichen veränderten Charakter. An die Stelle großer Häuserblocks, die bislang dem Wohnungsbau der Nachkriegszeit das Gepräge gaben, sind Eigenheime und Siedlungshäuser meist einfacher Ausstattung getreten, so daß Aufwendungen und Beschäftigung von Bauarbeitern noch stärker zurückgingen. Der Wohnungsbau hat im Vergleich zur Neubautätigkeit einen ungewöhnlich großen Umfang angenommen und ist mit rund einem Fünftel am gesamten Bauergebnis des Jahres 1932 beteiligt. Vor allem aber ist mit dem Fortfall der öffentlichen Baubezuschussung die öffentliche Hand als Träger der Bauwirtschaft stark in den Hintergrund getreten, während der private Bauherr an Bedeutung gewann. Dieser wichtige Wandel ist deutlich mit Zahlen zu belegen. An Hauszinssteuerhypotheken dürften 1932 kaum mehr als 50 Millionen ausgeschüttet sein. Arbeitgeberdarlehen der öffentlichen Hand seitens der Kommunen so gut wie überhaupt nicht und auch von anderer Seite nur in geringstem Umfang, so daß einschließlich der öffentlichen Mittel für vorstädtische Kleinsiedlung (Stadttrand-siedlung) höchstens mit einem öffentlichen Gesamtaufwand für Wohnungsbau in Höhe von 120 bis 150 Millionen Mark gerechnet werden kann. Das bedeutet aber einen Anteil von nur einem Fünftel, im Höchstfall von einem Viertel an den Gesamtaufwendungen für Wohnungsbau 1932.

Reichs-Baudarlehen für Eigenheime.

In Nr. 45 des „Maler“ wurde darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung — damals noch von Papen — 20 Millionen Mark zur Förderung des Baues von Eigenheimen zur Verfügung gestellt habe. Jetzt sind von der preussischen Regierung Durchführungsbestimmungen für die Vergebung der Mittel erlassen worden. Demnach sind die Anträge auf Bewilligung von Reichsbaudarlehen für Eigenheime an die für den Ort des Bauvorhabens zuständigen Landräte oder Gemeindevorstände (Bürgermeister, Oberbürgermeister), denen seither die selbständige Verwaltung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel oblag, zu richten. Diese erteilen auch nähere Auskünfte über alles sonst noch für Baulustige Wissenswertes. Die Entscheidung über die von den zuständigen Ortsbehörden für berücksichtigungswert erachteten Anträge ist den Regierungspräsidenten übertragen.

Aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Der Bau eines Wolkenkrägers mit 120 Stockwerken geplant. Trozdem über die Zweckmäßigkeit und den Vorteil von Hochhausbauten auch in Amerika verschiedene Auffassungen bestehen, hat jetzt der Architekt Larkin der New Yorker Baupolizei ein Wolkenkrägersprojekt vorgelegt, das alles bisher Dagewesene weit übertrifft. Larkin will nämlich im Auftrage einer Gesellschaft einen Wolkenkräger mit 120 Stockwerken bauen. Das Gebäude soll 300 Fuß höher werden, als das bisher höchste Bauwerk New Yorks, das Woolworth-Building, und 85 Fuß höher als der Booktower, das bisher höchste Gebäude der Vereinigten Staaten.

Ob dieses Bauvorhaben zur Ausführung kommt, steht allerdings noch nicht ganz fest, denn einmal ergeben sich mancherlei technische Schwierigkeiten, und außerdem hat das New Yorker Stadtbauamt über die Baubewilligung noch nicht entschieden. Man nimmt allerdings in interessierten und unterrichteten Kreisen an, daß die Entscheidung zugunsten Larkins ausfallen und daß der Bau eines neuen Wolkenkrägers, wenn die selbst für amerikanische Verhältnisse großen Mittel dafür aufgebracht werden können, durchgeführt wird.

Wirtschaftspolitisch

Nur langsame Besserung der Weltkonjunktur.

Das deutsche Institut für Konjunkturforschung gibt zusammengefaßt über die Weltkonjunktur Anfang Dezember folgendes Urteil ab:

Der allgemeinen Hausse, die um die Jahresmitte an den internationalen Waren- und Effektenmärkten einsetzte, sind Rückschläge gefolgt. Einen grundsätzlichen Wendepunkt haben sie aber nicht. Auf der Güterseite hat im Anschluß an die Preis- und Kurssteigerungen der Sommermonate eine bis in die letzten Wochen anhaltende Belebung von Produktion und Umsatz eingesetzt. In der Hauptsache handelt es sich dabei um die Wiederanpassung der Produktion an den laufenden Bedarf, zum Teil auch um Lagerauffüllungen. Die konjunktursymptomatische Bedeutung dieser Entwicklung liegt darin, daß sie die Beendigung des auf Lagerabbau und Einschränkung von Ersatzinvestitionen drängenden Deflationsdrucks erkennen läßt. Den Beginn einer neuen konjunkturellen Aufwärtsbewegung bildet sie aber nicht: Eine Erhöhung der Investitionstätigkeit, die gewöhnlich den Anstoß zum Aufschwung gibt, ist in Anbetracht der zumeist noch prohibitiven Höhe der Kapitalzinsen aus der Dynamik der Märkte heraus vorerst nicht zu erwarten. Ebenso macht die gegenwärtige Einkommensentwicklung eine vom Konsum ausgehende Belebung der Weltwirtschaft unwahrscheinlich, zumal die Aufnahmefähigkeit der Weltagrarwirtschaft nach wie vor außerordentlich gering ist. Jedoch dürfte das Ende der Wirtschaftsschrumpfung in den meisten und wichtigsten Ländern erreicht sein.

Bei dem Produktionsausstieg hatten die Verbrauchsgüterindustrien in jedem Lande die Führung. Nachdem aber die Lager wieder aufgefüllt waren, stockte der Absatz, weil die entsprechende Ausdehnung des Konsums fehlte. Wäre es möglich, jetzt eine erhöhte Kaufkraft der Bevölkerung einzuschalten, würde sich die Belebung der Verbrauchsgüterindustrien fortsetzen und schließlich die gesamte Wirtschaft mitreißen. Das Unglück der Weltwirtschaft liegt also bei der mangelnden Kaufkraft.

Wie soll sich Deutschland handelspolitisch orientieren?

Bei der entscheidenden Wichtigkeit der Handelspolitik für die deutsche Ausfuhr hängt das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands entscheidend von der handelspolitischen Richtung ab, die es in Zukunft einschlagen wird. Die Frage erscheint um so dringender, wenn man bedenkt, daß die Erneuerung des für Deutschland so wichtigen Handelsvertrags mit Frankreich auf Hindernisse stößt, und daß der neue Handelsvertrag mit Frankreich auch im günstigsten Fall nicht so vorteilhaft sein wird wie der frühere, so daß eine Steigerung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich durch ihn nicht erwartet werden kann. Mit England werden Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag geführt werden müssen. Jedoch ist die Bewegungsfreiheit Englands wegen der auf der Reichskonferenz zu Ottawa übernommenen Bindungen beschränkt, so daß die deutsche Ausfuhr nach England und dem Britischen Reich, ohne die Möglichkeit erheblicher Erweiterung, im günstigsten Fall nur vor einer Schrumpfung bewahrt werden kann. Eine Orientierung nach den Balkanländern, die im übrigen nur gemeinsam mit den andern westeuropäischen Ländern erfolgen könnte, wäre ebenfalls keine Lösung des handelspolitischen Problems, da von einem stärkeren Wirtschaftsverkehr mit diesen Ländern, der an sich erwünscht ist, eine Lösung der Ausfuhrfrage nicht erwartet werden kann. Daher sind die Ausführungen von Professor Karl Landauer (Deutscher Volkswirt vom 2. Dezember), die die Orientierung der deutschen Handelspolitik in der Richtung der belgisch-holländisch-luxemburgischen Gruppe empfiehlt, sehr beachtenswert. Diese Gruppe schloß in Dudy einen wirtschaftlichen Vertrag ab, der der Erleichterung des gegenseitigen Warenaustausches durch Zollabbau und andere Mittel dienen soll. Der Beitritt Deutschlands zu dieser Gruppe würde nicht nur Absatzgebiete der deutschen Ausfuhr, die ihr sonst verloren gehen könnten, behalten, sondern darüber hinaus den europäischen Zollabbau überhaupt mit einem großen Ruck vorwärts bringen. Nun stößt die Ausführung dieses Planes auf das Hindernis der Kontingentspolitik, die von den deutschen Agrariern betrieben wird. Erst wenn der Widerstand von dieser Seite aufhört oder gebrochen wird, kann an den handelspolitischen Anschluß an die Vertragsmächte von Dudy gedacht werden.

Der amerikanische Gewerkschaftskongress 30-Stunden-Woche!

Der amerikanische Gewerkschaftskongress 30-Stunden-Woche!

Der amerikanische Gewerkschaftskongress 30-Stunden-Woche!

In Cincinnati wurde Ende November 1932 der Kongress des nordamerikanischen Gewerkschaftsbundes abgehalten. Im Vordergrund der Verhandlungen standen folgende Forderungen:

- Sechstuentag und Fünftagewoche, Arbeitslosenversicherung, Wiederherstellung der früheren Lohnhöhe und Steigerung derselben, Frauen- und Kinderschutz in der Industrie.

Der Präsident des Gewerkschaftsbundes, William Green, stellte in seiner Eröffnungsrede fest, die Kaufkraft in den Vereinigten Staaten sei gegen 1929 um Milliarden Dollar gesunken. Die Einführung des Sechstuentages und der Fünftagewoche müsse gleichzeitig im ganzen Lande durchgeführt werden. Für die Einführung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung würde er und seine Kollegen sofort nach Beendigung des Kongresses die öffentliche Meinung im Lande mobil machen und die gesetzgebenden Körperschaften der Staaten auffordern, dementsprechende Gesetze vorzulegen.

Bereits in der Sitzung der „Branchenführer“ der Metallindustrie, des Baugewerbes usw., die dem allgemeinen Gewerkschaftskongress vorausgegangen war, hatte Green in einer Rede die programmatischen Forderungen des Bundes zur Arbeitszeitverkürzung vertreten; es bleibe nur zweierlei zu tun — entweder die vorhandene Arbeitsgelegenheit zu verteilen durch Verkürzung der Arbeitszeit oder die Ernährung einer ständigen millionenfachen Armee von Arbeitslosen auf karitativem Wege.

Die Gewerkschaften würden den Kampf gründlich und mit Entschiedenheit durchführen. Der Achte Stundentag könnte selbst dann nicht wichtig durchgeföhrt werden, wenn die Hochkonjunktur des Jahres 1929 wieder käme. Bei voller Ausnützung des jetzigen technischen Produktionsapparates könnten selbst in diesem Falle nur 55 % der Arbeiter beschäftigt werden. Elf Millionen Menschen seien derzeit arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit berühre insgesamt 60 bis 75 Millionen Menschen. Im Januar könne man wahrscheinlich 12 Millionen Erwerbslose zählen.

Was die Löhne betrifft, so sei eine Herabsetzung derselben wegen verkürzter Arbeitszeit nicht erforderlich.

Im Laufe der Aussprachen der „Branchenführersitzung“ des Bundes wurde festgestellt, dass das Baugewerbe 65, die Metallindustrie 46 % Arbeitslose zählen. Bei Ausnutzung aller gegenwärtig in den Vereinigten Staaten vorhandenen Produktionsanlagen während 300 Tagen im Jahre würde unter Zugrundelegung der bundesstaatlichen Statistik eine vierstündige Arbeitszeit hinreichen, um den Markt in dem Masse zu versorgen wie in den Jahren 1928 und 1929.

Der Führer des Brauerei- und Lebensmittelarbeiterverbandes erwartet eine überraschend starke Belebung des Arbeitsmarktes von der Aufhebung (er spricht von „Abänderung“) des Alkoholverbots. Die Modernisierung der vorhandenen Brauereien würde einen Aufwand von 100 Millionen Dollar erfordern. Das Braugewerbe würde 3 Millionen Tonnen Kohle und 88 Millionen Bushel Getreide konsumieren. Dem Staate würde eine neue Steuereinnahme von 300 Millionen Dollar zuwachsen und die Alkoholindustrie würde unter Einschluss der erforderlichen Böttcher, Glasbläser, Bauarbeiter usw. nicht weniger als 1¼ Millionen Arbeiter beschäftigen!

Ausgaben des amerikanischen Gewerkschaftsbundes für Unterstützungen.

Nahezu 40 Millionen Dollar wurden im Jahre 1931 an Unterstützungen von den amerikanischen Gewerkschaften ausgezahlt. Sie verteilen sich wie folgt:

Für Krankheit	2 221 000 Dollar
„ Sterbefälle	17 132 000 „
„ Arbeitslosigkeit	9 147 000 „
„ Altersunterstützung ..	6 091 000 „
„ Invalidität	3 671 000 „
„ Sonstiges	1 700 000 „

Im Jahre 1929 wurden erst 32,2 Millionen Dollar und 1930 wurden 36,7 Millionen Dollar für Unterstützungen verausgabt. F. J. F.

Verkehrswesen

Gigantische Zahlen.

Die Stadt Berlin hat rund 7500 Straßen. Die kürzeste davon ist 25 m und der längste einheitliche Straßenzug 22 km lang. Die Verkehrsdichte einiger Straßen Berlins geht aus folgenden Zahlen hervor: Während einer vierzehnstündigen Beobachtungszeit verkehrten Unter den Linden am Brandenburger Tor 16 477 Fahrzeuge, mithin stündlich 1177, nach beiden Richtungen. Die

